

## 6. Sitzung

am Donnerstag, dem 29. September 2011

---

### Inhalt

**Flagge zeigen gegen Seepiraterie – Bremische Reeder und Schiffsbesatzungen vor Übergriffen durch Seeräuber wirksam schützen**

Antrag der Fraktion der CDU  
vom 5. September 2011  
(Drucksache 18/45)

**Handelsschiffahrt vor Seepiraterie am Horn von Afrika verstärkt schützen**

Antrag der Fraktionen der SPD  
und Bündnis 90/Die Grünen  
vom 27. September 2011  
(Drucksache 18/66)

Abg. Bödeker (CDU) .....	227
Abg. Willmann (Bündnis 90/Die Grünen) .....	228
Abg. Schildt (SPD) .....	229
Abg. Rupp (DIE LINKE) .....	230
Abg. Bödeker (CDU) .....	231
Abg. Schildt (SPD) .....	232
Abg. Willmann (Bündnis 90/Die Grünen) .....	232
Staatsrat Dr. Heseler .....	233
Abstimmung .....	234

**Beteiligung der Fachdeputationen bei der Verteilung der Einnahmen aus Wetten**

Antrag der Fraktionen der SPD  
und Bündnis 90/Die Grünen  
vom 27. September 2011  
(Drucksache 18/65)

Abg. Tschöpe (SPD) .....	234
Abg. Dr. Güldner (Bündnis 90/Die Grünen) .....	235

Abg. Rupp (DIE LINKE) .....	236
Abg. Strohmann (CDU) .....	236
Abg. Dr. Güldner (Bündnis 90/Die Grünen) .....	236
Staatsrat Lühr .....	237
Abstimmung .....	237

**Langzeitarbeitslose müssen Chancen auf Arbeit behalten**

Antrag (Entschließung) der Fraktionen der SPD  
und Bündnis 90/Die Grünen  
vom 28. September 2011  
(Neufassung der Drucksache 18/67  
vom 27. September 2011)  
(Drucksache 18/69)

**Arbeitsmarktreformen im Land Bremen verantwortungsvoll umsetzen**

Antrag der Fraktion der CDU  
vom 27. September 2011  
(Drucksache 18/68)

Abg. Reinken (SPD) .....	238
Abg. Willmann (Bündnis 90/Die Grünen) .....	239
Abg. Kastendiek (CDU) .....	240
Abg. Frau Bernhard (DIE LINKE) .....	241
Abg. Reinken (SPD) .....	242
Abg. Kastendiek (CDU) .....	244
Abg. Kottisch (SPD) .....	244
Abg. Frau Bernhard (DIE LINKE) .....	245
Staatsrat Prof. Stauch .....	245
Abstimmung .....	246

**Präsident Weber**

**Vizepräsident Ravens**

**Schiffführerin Dr. Mohammadzadeh**

\_\_\_\_\_

Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen **Stahmann** (Bündnis 90/Die Grünen)

\_\_\_\_\_

Staatsrat **Dr. Heseler** (Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen)

Staatsrat **Lühr** (Senatorin für Finanzen)

Staatsrat **Prof. Stauch** (Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen und für Justiz  
und Verfassung)

(A) Präsident Weber eröffnet die Sitzung um 10.01 Uhr.

**Präsident Weber:** Ich eröffne die sechste Sitzung der Bürgerschaft (Landtag).

Ich begrüße die anwesenden Damen und Herren sowie die Zuhörer und die Vertreter der Medien.

Wir treten in die Tagesordnung ein.

**Flagge zeigen gegen Seepiraterie – Bremische Reeder und Schiffsbesatzungen vor Übergriffen durch Seeräuber wirksam schützen**

Antrag der Fraktion der CDU  
vom 5. September 2011  
(Drucksache 18/45)

Wir verbinden hiermit:

**Handelsschiffahrt vor Seepiraterie am Horn von Afrika verstärkt schützen**

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/  
Die Grünen  
vom 27. September 2011  
(Drucksache 18/66)

Dazu als Vertreter des Senats Herr Staatsrat Dr. Heseler.

Die gemeinsame Beratung ist eröffnet.

Als erster Redner hat das Wort der Abgeordnete Bödeker.

(B) Abg. **Bödeker** (CDU \*): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich glaube, wir haben hier ein ausgesprochen wichtiges Thema, und es ist auch ausgesprochen wichtig, dass wir hier aus diesem Hause in Bremen ein deutliches Zeichen setzen.

(Abg. **D r . K u h n** [Bündnis 90/Die Grünen]: Was Sie sagen, ist immer wichtig!)

Ich glaube, es ist über den Bereich der Seepiraterie sehr viel gesprochen worden, aber es ist leider Gottes nicht sehr viel gehandelt worden. Das, was die Bundesregierung bis jetzt gemacht hat, ist der richtige Weg, aber es ist absolut nicht ausreichend. Wir haben 2010 eine Entführungsquote von 53 Schiffen, 1 181 Seeleute sind als Geisel genommen und acht Seeleute getötet worden. Ich glaube, wir müssen hier dringend handeln, und wir müssen den Reedern im Land Bremen auch ein Instrument in die Hand geben, um gegen Seepiraterie vorzugehen. Die Anzahl der Entführungen steigt immer weiter, jährlich um zehn Prozent, und das ist nicht hinzunehmen.

Ich glaube, das, was die Nordländer inzwischen planen, ist genau das Richtige. Die Frage ist, wie wir den Reedern im Land Bremen, aber auch in Deutschland die Möglichkeit geben, gegen Seepiraterie vorzugehen. Ich glaube, wir müssen hier ein Zeichen setzen.

\*) Vom Redner nicht überprüft.

Jetzt ist eine Aufgabe natürlich, Handelswege zu schützen, das ist, denke ich, einmal für uns im Land Bremen, aber auch in Deutschland ausgesprochen wichtig. Es gilt aber auch, die Reeder zu unterstützen, denn inzwischen ist es so, dass Reeder den Seeskanal teilweise nicht mehr nutzen. Das bedeutet, dass zehn Tage längere Schifffahrtsreisen unternommen werden müssen, und die Kosten schlagen sich ja auch nieder. Es geht aber nicht nur um die Kosten, es geht insbesondere um die Menschen, die es betrifft, und auch darum, dort zu helfen.

Die Strategie der Seepiraten ist ja eine andere geworden. Früher sind sie mit kleinen und schnellen Booten im Bereich der Küstenregion unterwegs gewesen und haben dort gekapert. Inzwischen haben sie eine neue Strategie, die natürlich ausgesprochen gefährlich ist, nämlich mit Mutterschiffen weit hinauszufahren, um dort dann mit kleinen Schiffen ihre Angriffe durchzuführen. Das bedeutet aber für die Überwachung in der Küstenregion – auch durch deutsche Fregatten –, dass der gesamte Seebereich nicht mehr überwacht werden kann. Wenn der gesamte Seebereich nicht mehr überwacht werden kann, ist die Sicherheit natürlich nicht zu garantieren. Dass man in den letzten Tagen relativ wenig über Vorfälle in der Region gelesen hat, liegt einfach daran, dass die Wetterlage dort im Moment schwierig ist. Das Wetter wird aber inzwischen besser, sodass es im nächsten Monat mit Sicherheit wieder mehr Überfälle geben wird. Dort müssen wir handeln.

(Beifall bei der CDU)

Wir haben uns in unserer Fraktion die Diskussion auch nicht leicht gemacht. Wir haben heftig über den richtigen Weg diskutiert. Man kann die ordnungspolitische Seite betrachten, indem man sagt, die Bundespolizei oder die Marine müssen die Aufgabe übernehmen. Das ist aber auch kurzfristig insgesamt leider nicht möglich. Deswegen sind wir der Auffassung, dass man den Reedern auch ein anderes Instrument geben sollte, nämlich das Instrument private Wachdienste, die an Bord mitfahren. Hier müssen natürlich, und das haben wir in unserem Antrag auch vernünftig ausgedrückt, strenge Maßstäbe vorausgesetzt werden. Die strengen Maßstäbe sind natürlich, dass die, die diese Überwachungstätigkeiten ausführen, dann auch kontrolliert, vernünftig ausgebildet und in die Lage versetzt werden, Angriffe auch abzuwehren, denn das, was man bis jetzt macht mit Nebelanlagen an Bord, ist mit Sicherheit nicht ausreichend. Das genügt nicht, sondern hier muss auch eine bewaffnete Abwehr erfolgen können.

Ich weiß nicht, wer von Ihnen die Befreiung eines Seeschiffes durch die holländische Kriegsmarine mitbekommen hat. Ich glaube, es ist dann schon zu spät, und es hat bei dem Einsatz ja auch Tote gegeben, weil dort Piraten an Bord wieder gefangen genommen

(C)

(D)

(A) worden sind. Ich meine, wir müssen dafür sorgen, dass die Piraten erst gar nicht an Bord kommen, deswegen müssen wir die Reeder in die Lage versetzen, auch Wachdienste an Bord zu haben, denn das ist leider Gottes durch Bundesmarine und Bundespolizei allein nicht zu schaffen, insbesondere bei den großen Rädern, in denen die Piraten inzwischen agieren.

Eine andere Sache – das muss man bei dieser Diskussion natürlich auch erwähnen – ist natürlich auch die Frage, warum Piraterie in solchen Ländern stattfindet. Ich glaube auch, dort sind Wirtschaftsförderung und Entwicklungshilfe eine wichtige Aufgabe, die dort natürlich auch eine große Rolle spielt, um die Menschen erst gar nicht dazu zu bringen, solche Überfälle durchzuführen.

(Beifall bei der CDU)

(B) Somalia ist ja gerade in dem Bereich ein krisengeschütteltes Land mit vielen Jahren Bürgerkrieg, und auch dort besteht dringender Handlungsbedarf. Ich glaube aber, es ist für uns wichtig, hier von diesem Hause aus ein Zeichen zu geben und zu sagen, dass die Reeder nicht allein sind, denn das Problem das man jetzt in den Statistiken auch erkennen kann, besteht: Schiffe unter deutscher Flagge sind am beliebtesten bei den Piraten, weil dort auch am meisten Lösegeld gezahlt wird. Das darf natürlich nicht so sein, und das führt nachher dazu, dass man jetzt nicht wegen der Personalkosten, sondern aus Sicherheitsgründen ausflüggt, das ist natürlich nicht unser Ziel. Unser Ziel ist es ja, möglichst viele Schiffe unter deutscher Flagge fahren zu lassen, deswegen bitte ich Sie, unserem Antrag zuzustimmen!

Das, was SPD und Bündnis 90/Die Grünen mit ihrem Dringlichkeitsantrag vorgelegt haben, ist natürlich etwas, mit dem man es sich ganz leicht macht, indem man sagt, das soll alles vom Bund erledigt werden, der Rest interessiert uns nicht. Das ist logistisch aber nicht leistbar. Herr Schildt, dort sollten Sie vielleicht noch einmal in sich gehen, ob man nicht sagt, dass beide Möglichkeiten der richtige Weg sind, denn wir haben ja eine wichtige Aufgabe: Wir wollen für die Reeder in Deutschland ein deutliches Signal setzen, dass sie nicht allein mit einem großen Problem dastehen, sondern dass wir an ihrer Seite sind. – Herzlichen Dank!

(Beifall bei der CDU)

**Präsident Weber:** Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Willmann.

Abg. **Willmann** (Bündnis 90/Die Grünen)\*): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

\*) Vom Redner nicht überprüft.

(C) „Wer die Piraterie vor Somalia beseitigen will, muss sich an die Ursachen machen, und die liegen an Land, nämlich in einer weiteren Destabilisierung des Landes.“ Das ist ein Zitat aus meiner Rede in der Debatte vor fast genau drei Jahren, die wir hier geführt haben. Zu diesem Zeitpunkt gab es noch kein EU-Mandat, das nachfolgend dann beschlossen worden ist, nämlich das EU-Mandat NAVFOR Atalanta.

Wer sich dieses Mandat einmal anschaut, wird feststellen, Kollege Bödeker, dass man doch ein bisschen präziser hinschauen muss. In diesem EU-Mandat geht es nicht darum, die Piraterie auf See in erster Linie zu bekämpfen und mit möglichst hohem militärischen Einsatz dort präsent zu sein, sondern das Mandat, auf das sich der Einsatz der Bundesmarine und auch der Bundespolizei vor Ort stützt, ist ein Mandat zur Begleitung von Schiffen der Welthungerhilfe.

Allein im Jahr 2011 hat dieses Mandat 100 Schiffe begleitet, die auch sicher angekommen sind. Die in diesen Konvois zusammengestellten Handels- oder auch Passagierschiffe, die ja auch dazugehören, sind alle unbeschadet von Angriffen durch den Golf von Aden gekommen. Dies ist eine Einsicht, die ich nach einer wirklich beeindruckenden Rede von Fregattenkapitän Abry auf dem diesjährigen Kapitänstag gehört habe. Er ist Kommandant der Fregatte Niedersachsen, war drei Wochen nach seinem Einsatz vor Somalia auf dem Kapitänstag und hat wirklich beeindruckend geschildert, dass der Einsatz im Rahmen von Atalanta als Begleitschutz des Welternährungsprogramms 100 Lebensmitteltransporte dort begleitet hat.

(D) Er sagt auch, dass das Angebot an die Handelsschifffahrt, im Rahmen dieser begleiteten Transporte in Konvois zu fahren, ein sicherer Schutz ist, weil während seines Einsatzes und auch während der letzten Jahre diese Schiffe nicht angegriffen worden sind.

Er hat auch noch einmal klargestellt, dass die Schiffe, die sich aus ökonomischen Gründen nicht an die Empfehlungen der UN halten, hier in begleiteten Konvois zu fahren, sondern aus rein ökonomischen Gründen ihre Fahrtgeschwindigkeit beibehalten und allein und auf eigenes Risiko durch das Meerengebiet fahren, oftmals der Gefahr ausgesetzt sind, überfallen zu werden. Er sagt außerdem, dort, wo die Maßnahmen zum Schutz der Schiffe, die die UN herausgibt, eingehalten wurden, sind auch unbegleitete Transporte bis heute nicht überfallen worden. Das fand ich sehr beeindruckend. Er ist ein Fregattenkapitän, der dort wirklich unter höchstem Einsatz mit seiner Mannschaft unterwegs ist. Er sagt klar und deutlich, dass der UN-Einsatz zum Schutz der Schiffe der Welthungerhilfe ein Erfolg ist, und er hat auch klar darauf hingewiesen, dass hier das Problem nicht auf See, sondern an Land zu finden ist.

Weiterhin gilt die Situation in Somalia als die schlimmste Situation auf dem afrikanischen Konti-

(A) nent. Das sagt auch der Sonderbeauftragte des UN-Generalsekretärs Ahmedou Ould-Abdallah. Nach wie vor ist es so, dass Somalia eines der instabilsten Länder ist. Der Versuch Äthiopiens, dort einzugreifen, hat nicht zur Beruhigung der politischen und der menschlichen Situation geführt, sondern er hat genau das Gegenteil bewirkt, nämlich eine weitere Destabilisierung des Landes.

Sie haben sicherlich recht, Herr Bödeker, wenn Sie sagen, dass die Gefahr für die Handelsschiffe, überfallen zu werden, dort enorm ist und dass auch jedes Jahr dort mehr Schiffe überfallen werden, aber die Forderung nach – wie Sie es sagen – Wachschutz auf Handelsschiffen halte ich dann doch für mehr als abstrus.

Wir haben in der Bundesrepublik Deutschland ein Waffengesetz, das klar regelt, wer welche Waffen nutzen darf. Wenn Sie Ihre Wachtrupps dort an Bord setzen wollen, also private Wachtruppen, die Vessel Protection Teams heißen und zertifiziert sind, dann handelt es sich um nichts anderes als Söldner, die dort an Bord sind und die nicht mit Luftgewehren dort arbeiten können,

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

sondern ganz klar mit Kriegswaffen an Bord gehen müssen, um den Piraten, die ebenfalls hochgerüstet sind, begegnen zu können.

(B) Wer sich einmal mit der gesetzlichen und auch der grundgesetzlichen Grundlage auseinandersetzt, wird sehr schnell feststellen, dass er an mehreren Artikeln des Grundgesetzes scheitert; nicht nur an Artikel 87 a des Grundgesetzes, auch der Artikel 24 ist betroffen, und am Waffengesetz, das wohlweislich nach dem Zweiten Weltkrieg geschaffen worden ist, im Besonderen. Wer will die Verantwortung übernehmen, wenn die so hochgelobten ehemaligen Bundeswehrsoldaten oder sonstige Söldner an Bord gehen und entscheiden, auf das Schiff schießen wir, dieses wird angegriffen, und die Entscheidung ist eine Fehlentscheidung? Soll der Kapitän an Bord, die privaten Sicherheitsteams oder die Bundeswehr die Verantwortung übernehmen, oder soll hier eine gesamtgesellschaftliche Haftung stattfinden? Ich glaube, dies ist nicht zumutbar.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Die Forderung nach mehr präserter privater Gewalt an Bord von Schiffen ist sicherlich leicht. Auch ist mir bekannt, dass die Wirtschaftsminister in nächster Zeit irgendwann im Oktober zusammensitzen und dies miteinander vereinbaren wollen. Für Bündnis 90/Die Grünen kann ich sagen, dass wir dem mehr als skeptisch gegenüberstehen und weiterhin darauf setzen, dass die Ursachen zum Ausbruch solcher Gewalt stärker im Rahmen der Entwicklungshilfe verhindert werden müssen. Wer zulässt, dass man das

Meer vor Somalia mit europäischen Fischfangflotten entgegen jeder gemeinsamen Fischereipolitik leer fischt, um dann den Somalis ihren Lebensunterhalt zu nehmen, wer zulässt, destabilisierende politische Systeme weiter ausufern zu lassen, muss sich nicht wundern, wenn die Menschen dort aus Verzweiflung und inzwischen leider auch aus ökonomischer Sicht zu solchen Mitteln greifen. Private, hochgerüstete Sicherheitsteams sind für uns aber keine Maßnahme. – Vielen Dank!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

**Präsident Weber:** Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Schildt.

Abg. **Schildt** (SPD): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Eine sinnvolle und vernünftige Bekämpfung der Piraterie auf der Welt und speziell in dem Bereich vor Somalia, über den wir sprechen, kann man nur durchführen, indem man Entwicklungshilfe leistet und stabile Regierungen vor Ort so unterstützt, dass es gar nicht zu diesen sozialen Problemen kommt, die wir heute in der Diskussion haben: Bekämpfung der Piraterie, also, soziale Verantwortung in den Ländern ist die Antwort auf die Piraterie!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wenn man im Internet einmal recherchiert, wie lange es die Piraterie schon gibt und was die Ausgangspunkte dafür sind, sind es heute im Wesentlichen die Lebensperspektiven der Menschen vor Ort, die keinen anderen Ausweg finden. Das ist aber keine Begründung, Piraterie zu betreiben, sondern – ich wiederhole mich da – vernünftige politische Unterstützung ist aus unserer Sicht zu leisten, um Entwicklungshilfe stark zu machen. Die Bekämpfung der Piraterie, daran geht, glaube ich, auch kein Weg vorbei, ist und bleibt hoheitliche Aufgabe, alles andere wäre aus unserer Sicht falsch.

Herr Kollege Bödeker hat vorhin gesagt, es wird zu wenig getan. Ja, die Bundesregierung ist hier in der Verantwortung, mehr Soldaten in dem Bereich einzusetzen, als sie bisher zur Verfügung stellt, das Engagement der Bundesregierung reicht nicht aus. Deswegen ist Ihr Antrag ja richtig, lieber Kollege Bödeker, aber Sie stellen zumindest mit Ihrer Partei die Bundesregierung, und diese muss an dieser Stelle handeln.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Es ist schon sehr interessant: Sie brauchen nur eine Große Anfrage des Kollegen Beckmeyer für die SPD-

(C)

(D)

(A) Bundestagsfraktion vom August dieses Jahres zu betrachten, in der werden wirklich alle Probleme im Detail dargestellt und seit 2008 ist immer wieder die Forderung erhoben worden, die Bundesregierung solle zusammenhängend aus einem Guss entsprechende Entscheidungen treffen. Es passiert leider nichts. Wahrscheinlich ist das Problem zu komplex, aber es ist zu einfach, in der Bremischen Bürgerschaft den Senat mit Fristen aufzufordern, wobei eigentlich die Bundesregierung hier in der Verpflichtung ist, ihre Arbeit zu leisten.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/  
Die Grünen)

Der Schutz von Schiffen und Seeleuten ist nicht nur aus Bremer Sicht wichtig, sondern allgemein, ob sie nun unter deutscher oder einer anderen Flagge fahren. Es geht dort um Menschen, die in eine Situation kommen, die ich mir gar nicht vorstellen kann: Was passiert, wenn ein Schiff gekapert wird?

Für uns steht an erster Stelle der Schutz der Handelsflotte und der deutschen Seeleute, aber auch der Schutz aller anderen Seeleute im Vordergrund, weil auch ausländische Schiffe genauso einen Anspruch haben, geschützt zu werden, und wir natürlich aus deutscher Sicht eine besondere Verantwortung für die Schiffe unter deutscher Flagge haben.

(B) Der Bremer Rhederverein hat sich vor zweieinhalb Wochen auf seiner Veranstaltung und der Kapitänstag im Rathaus, der Kollege Willmann hat es eindrucksvoll geschildert, aktuell mit der Frage der Piraterie befasst. Ich glaube, dass jeder hier im Haus die Sorgen des VDR und die Sorge der Reeder verstehen kann. Es besteht hier Handlungsbedarf, damit die Handelsschiffe und die Menschen entsprechend sicher an ihren Orten ankommen. Allerdings darf dies nur auf Grundlage von klaren rechtlichen Kompetenzen gelöst werden. Deswegen kann ich mir nicht vorstellen, dass ein Schiff, das heute mit militärischen Mitteln angegriffen wird –. Das sind ja keine Wasserpistolen mehr, um es vorsichtig salopp zu sagen, sondern es sind hochgerüstete militärähnliche Einheiten, die nicht militärisch sind, sondern Piraten, denen man nicht mit einfachen Mitteln antworten kann. Ich kann mir nicht vorstellen, dass private Sicherheitsdienste, ganz normale Menschen, in den Besitz von Militärwaffen kommen. So sagt auch ein Gutachten der Bundesregierung, es sei ausgeschlossen, dass militärische Waffen in den Besitz von Privatpersonen kommen.

Wir brauchen einen richtigen Schutz! Wir brauchen, wenn wir zur Sicherheit Personen auf den Handelsschiffen haben, die Bundeswehr, die Bundesmarine, also Personen, die auch in der Lage und ausgebildet sind, gegenüber Piraten in gleicher Form entsprechend handeln zu können. Ich kann mir daher nicht vorstellen, den Weg weiterzugehen, private Sicherheitsdienste mit Waffen auszurüsten, die auch nur

annähernd in der Lage sind, Piratenangriffen Einhalt zu gebieten.

(C)

Man musste auch aufpassen, was eigentlich passieren würde, wenn diese Schiffe – wenn man das einmal so machen würde und private Sicherheitsdienste mit Militärwaffen ausstatten würde – in fremde Häfen einliefen. Laufen sie dort eigentlich als Kriegsschiffe ein, haben sie eigene Waffen an Bord? All das wird auch in der Begutachtung des Bundestags als Frage aufgeworfen. Deswegen haben wir uns dazu entschieden, einen Dringlichkeitsantrag einzubringen, der sich mit den wesentlichen und wichtigen Dingen befasst, die wir hier von Bremen aus regeln können, also im Rahmen der Operation NAVFOR Atalanta verstärkt tätig zu werden, Einfluss auf das nordatlantische Bündnis zu nehmen, damit weiter der Bedrohungslage entsprechend begegnet werden kann, und unverzügliche Regelungen für die Aufrechterhaltung der staatlichen Gewaltmonopole und den Schutz der Handelsschiffe, die auf den Meeren unterwegs sind, zu schaffen. Man braucht ja nur nach Hamburg zu schauen und einmal nachzufragen: Wer debattiert eigentlich in letzter Zeit über Piraterie? Da ist ein gleicher Antrag in der Hamburgischen Bürgerschaft diskutiert worden.

Ich glaube, Herr Kollege Bödeker, dass das Thema wichtig ist. Es wurde im Jahr 2008 in der Aktuellen Stunde zuletzt diskutiert. Ich finde aber, es ist richtig, dass wir hier die Verantwortlichen benennen und nicht auf Bremer Ebene den Senat bitten, uns vorzulegen, was er dazu sagt. Nein, hier ist noch einmal wiederholt die Bundesregierung gefordert, in ihrer Verantwortung im Rahmen ihrer militärischen Zuständigkeit über den Tellerrand hinaus zu handeln, denn die Sicherheit der Handelsschiffe hat auch etwas mit uns zu tun. Wir in Bremen, Bremerhaven, der Bundesrepublik und der Welt, sind am Ende ja auch diejenigen, die von der Handelsschifffahrt leben, deswegen bitte ich Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, unseren Antrag zu unterstützen, der klare Signale gibt. Wir machen uns Sorgen um die Gedanken der Reederverbände, wir müssen aber um Verständnis bitten, dass wir uns auch nur auf klaren rechtlichen Grundlagen bewegen können. Ich bitte um Unterstützung unseres Antrags! – Vielen Dank!

(D)

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/  
Die Grünen)

**Präsident Weber:** Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Rupp.

Abg. **Rupp** (DIE LINKE)\*): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Dass eine der Hauptursachen – zumindest am Anfang – für die Flucht in die Piraterie in Somalia ein zerstörtes Somalia ist, haben mei-

\* ) Vom Redner nicht überprüft.

(A) ne Vorredner mittlerweile auch schon betont. Was sie ein bisschen außer Acht gelassen haben, ist, dass das kein Zufall ist und die Menschen in Somalia das im Wesentlichen nicht selbst zu verantworten haben, sondern die Ursachen sind die Zerstörung ihrer Lebensgrundlage durch illegale Fangflotten der Industrieländer, die ihnen die Küsten leer gefischt haben, und illegale Giftmüllverklappung an den Küsten. Ich habe gestern noch ausgesprochen bedrückende Videos sehen müssen, in denen Riesenfässer mit unbekanntem Inhalt an die Küsten Somalias gespült worden sind. Es haben offensichtlich eine ganze Reihe von Personen Verbrechen gegen die Umwelt und auch gegen das somalische Volk begangen, indem sie dort Giftmüll verklappt haben.

Wenn man sich jetzt also die Frage stellt, wie kann man die Seepiraterie erfolgreich bekämpfen, ist eine Antwort hier schon gegeben worden. Unglücklicherweise findet sich in den Anträgen, die heute hier zur Debatte stehen, gar nichts davon. Die Antwort ist nämlich, dass man, wenn man Seepiraterie in Somalia bekämpfen will, Hunger und Elend in Somalia bekämpfen muss, und das ist der einzige Weg, auch Seepiraterie zu bekämpfen.

Militärisch ist das, was von denjenigen vorgeschlagen wird, die sich damit befasst haben, fragwürdig. Es gibt eine zunehmende Anzahl von Kriegsschiffen aus verschiedenen Ländern vor Ort. Bisher hat die Präsenz von Kriegsschiffen nicht dazu geführt, dass die Seepiraterie zurückgegangen ist. Mittlerweile ist es ein boomendes Geschäft. Es ist mittlerweile von der Flucht in eine Notlösung der somalischen Bevölkerung zu einem boomenden Geschäft geworden. Nach meinen Informationen haben sich mittlerweile die Mafia und andere längst das Geschäft unter den Nagel gerissen. Es ist in der Tat so, dass sie ungefähr 200 Millionen bis 300 Millionen Dollar pro Jahr an Lösegeld kassieren. Das ist ungefähr die Hälfte bis zwei Drittel der Summe, die mittlerweile für die Präsenz von Schiffen ausgegeben wird, aber die Präsenz von Schiffen vor Ort hat bisher nicht zur Lösung des Problems beigetragen.

(B) Nun soll es darum gehen, dass Leute auf den Schiffen fahren sollen, die richtig bewaffnet sind. Die Frage ist: Ist das eine Lösung? Es ist übrigens kein Problem in den Häfen, denn es ist gar nicht daran gedacht, dass sie die ganze Zeit auf den Schiffen fahren. Es ist daran gedacht, irgendwelche Schiffe vor Ort zu haben, wohin die Sicherheitsmannschaften mit kleinen Schiffen an Bord gebracht werden, dann fahren sie ein Stück mit, bis sie das gefährdete Gebiet verlassen haben, dann wechseln sie wieder auf andere Schiffe nördlich oder südlich, je nachdem, von wo sie gekommen sind, fangen sie wieder an. Das mit den Häfen ist also kein Problem.

Es bleibt die Frage, ob das wirklich eine Lösung ist. Wir müssen konstatieren: Bisher sind diese Überfälle, so dramatisch sie für die Betroffenen auch gewesen sind, in aller Regel eher glimpflich verlaufen.

Bleibt das so, wenn wir hochgerüstete Sicherheitskräfte an Bord bringen? Meiner Meinung nach nicht! Meiner Meinung nach provozieren wir dann mehr Zwischenfälle, mehr Tote und mehr Verletzte, als es sie bisher gegeben hat. So dramatisch es bisher auch gewesen sein mag, das würde die Gewaltspirale nach oben drehen.

(C)

Ich fasse zusammen: Wir werden beide Anträge ablehnen, erstens, weil militärisch nichts zu gewinnen ist, zweitens, weil der Einsatz von bewaffneten Söldnern auf Schiffen selbstverständlich vollständig indiskutabel ist und weil diese Anträge nicht einmal einen Hauch davon enthalten, wie man dieses Problem bekämpfen könnte. Ich sage, man stoppt die Seepiraterie, wenn man Raubfischerei stoppt, wenn man Giftmüllverklappung und auch Waffenexporte stoppt. Es ist ja keine Binsenweisheit, dass diejenigen, die da jetzt vermeintlich hochgerüstet in ihren Motorbooten Schiffe überfallen --. Woher haben sie denn die Waffen? Die haben sie in Somalia nicht selbst gebaut! Jede Waffe, die wir exportieren, landet irgendwo, und letztendlich landet sie möglicherweise auch bei denen, die wir dann mit unseren Waffen bekämpfen wollen.

Eine weitere Maßnahme wäre also: Fordern Sie die Bundesregierung auf, sofort jegliche Waffenexporte zu stoppen, dann tun Sie wahrscheinlich mehr gegen Seepiraterie als mit diesen Maßnahmen! Hören Sie also auf, an der Gewaltspirale zu drehen, zeigen Sie Flagge gegen Hunger und Elend in Somalia, mit Kanonenbooten und Söldnern lösen Sie das Problem nicht! – Danke!

(D)

(Beifall bei der LINKEN)

**Präsident Weber:** Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Bödeker.

Abg. **Bödeker** (CDU): Herr Präsident, meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal, lieber Herr Schildt: Sich hier hinzustellen und zu sagen, die Bundesregierung ist Schuld, der Rest interessiert uns nicht, wir entscheiden hier einmal, halte ich nicht für die richtige Vorgehensweise,

(Abg. Dr. G ü l d n e r [Bündnis 90/Die Grünen]: Aber dass es ein außenpolitisches Thema ist, das stimmt schon, nicht?)

sondern hier ist ja 2008 die UN-Resolution mit deutscher Zustimmung verabschiedet worden, und seit der Zeit laufen dementsprechend die Einsätze zur Begleitung der Schiffe, die Versorgungsleistungen vollbringen. Das ist, denke ich, vollkommen unumstritten, und für den Rest gibt es ja den Prüfauftrag der Bundesregierung, in dem man einmal austestet, wie das eigentlich geht.

Die Fragen, die hier aufgeworfen werden, sind ja noch gar nicht geklärt. Man hat gesagt, wir prüfen einmal, wie so etwas eigentlich gehen würde. Man

(A) muss dazu natürlich auch wissen, dass andere Nationen bewaffnete Teams an Bord haben. Man muss feststellen, dass diese Schiffe zunächst einmal nicht überfallen worden sind, genau, wie hier auch gesagt worden ist, wie die Schiffe, die durch Fregatten begleitet wurden, logischerweise auch nicht angegriffen worden sind. Insofern ist das schon eine Möglichkeit. Die Situation spitzt sich ja zu, die Zahl der Überfälle nimmt deutlich zu, und deswegen müssen wir reagieren und zusätzlich handeln. Insofern glaube ich schon, dass man einmal prüfen sollte, welche Möglichkeiten bestehen.

Kein Mensch will Kriegswaffen an Bord haben. Es wird hier ja auch gesagt, halbautomatische Waffen würden schon reichen, weil uns das andere Nationen gezeigt haben. Es ist ja nicht unbedingt verkehrt, auch auf die Sicherheit auf den Schiffen zu achten. Das ist der Punkt, an dem wir jetzt handeln müssen, weil alles andere, das, was von den LINKEN gekommen ist, natürlich auch nur mittel- und langfristig wirken kann. Bis dahin müssen wir aber, denke ich, auch handeln, was unsere Seeschifffahrt angeht.

Insofern ist unser Antrag ausgesprochen sinnvoll. Ich halte es für falsch, von vornherein einen Punkt zu setzen und zu sagen, wir werden uns nicht weiter damit beschäftigen, soll Berlin doch machen, was es will. Ich halte das für einen falschen Weg. Deswegen haben wir unseren Antrag auch relativ vorsichtig formuliert, um einmal auszuloten, welche Möglichkeiten überhaupt bestehen. – Danke!

(B) (Beifall bei der CDU)

**Präsident Weber:** Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Schildt.

Abg. **Schildt** (SPD): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Bödeker, dieses Thema eignet sich eigentlich nicht dafür, in die üblichen politischen Reflexe zu verfallen.

(Abg. B ö d e k e r [CDU]: Genauso ist es!  
– Abg. S t r o h m a n n [CDU]: Dann lassen Sie es!)

Trotzdem ist aber doch erlaubt zu sagen, wer an dieser Stelle die Verantwortung hat. Ich habe in meinem Redebeitrag lediglich von der Verantwortung für die Zuständigkeit zur Lösung des Problems gesprochen. Wir wissen, dass es auf der norddeutschen Ministerebene – Wirtschafts-/Innenminister – Arbeitsgruppen gibt, auch unter Beteiligung Bremens, die sich damit beschäftigen. Ich sage Ihnen, für die Bremer SPD ist das Thema der Piraterie und der negativen Auswirkungen für die Menschen und für die Handelsleute wichtig, trotzdem benenne ich hier im Parlament die politische Verantwortlichkeit, die der Bundesregierung für die Lösung zukommt, Punkt!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/  
Die Grünen)

Als Abgeordneter, als Politiker will ich mich niemals soweit versteigen zu sagen, ob ein automatisches Gewehr oder was auch immer das richtige Einsatzmittel ist, gegenüber Piraten zu agieren. Dafür gibt es Fachleute, die das viel besser können, als ich es kann. Deswegen kann ich nur politisch darauf antworten, ich kann mir bei dieser Gewaltsituation vor Somalia nicht vorstellen, dass es private Sicherheitsdienste gibt, die mit gleicher Bewaffnung dem Herr werden können. Außerdem habe ich damit ein rechtliches Problem, denn dies ist eine Aufgabe der hoheitlichen Daseinsfürsorge für die Handelsschifffahrt und für die Seeleute, aber für keinen anderen!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/  
Die Grünen)

Wenn ich das so sage, dann betone ich abschließend noch einmal, dass mir die Sorgen und Nöte der Reederverbände durchaus sehr bewusst sind und dass aus Bremen nicht das Signal kommt, die Sozialdemokraten würden sich nur darauf versteifen, gegen die Bundesregierung zu opponieren und sonst keine Verantwortung übernehmen. Das weise ich zurück! Wir sind genauso an der Seite des Verbands deutscher Reeder und der Beteiligten, allerdings haben wir eine politische Bewertung dieses Themas vorzunehmen. Die Verantwortung befindet sich in den Händen der Bundesregierung und in den Kommissionen. Es wäre hilfreich, Herr Kollege Bödeker, wenn Sie auf der Ebene, auf der Sie als CDU Mitverantwortung tragen, genauso engagiert mit Ihren Kolleginnen und Kollegen in die Debatte einsteigen würden, wie Sie es heute hier mit dem Bekenntnis zur Handelsschifffahrt für Bremen und Bremerhaven getan haben.

Die Verantwortung liegt bei der Bundesregierung. Wenn wir dann zusammen durch unseren Antrag der Regierungskoalition dazu beitragen, den richtigen Weg zu beschreiten, haben wir etwas Gutes getan. – Herzlichen Dank!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/  
Die Grünen)

**Präsident Weber:** Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Willmann.

Abg. **Willmann** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Kollege Bödeker, ich glaube, ich muss doch noch einmal verdeutlichen, in welchem Spannungsrahmen wir uns hier eigentlich bewegen. Die Bundesregierung hat eine Ausarbeitung in Auftrag gegeben: Schutz vor Piraten durch private Sicherheitsdienste. Sie ist noch nicht so alt, sie kommt frisch aus dem August. Ich will Ihnen nur einmal eine oder zwei Passagen daraus zitieren, damit Sie wissen, in welchem Spannungsfeld wir uns eigentlich befinden.

(C)

(D)

(A) Es wird grundsätzlich die Frage zu klären sein, denn sie ist auch noch nicht geklärt, ob überhaupt eine einklagbare Schutzverantwortung Deutschlands für deutsche Schiffe, die von Piraten bedroht sind, besteht. Das hört sich sehr einfach an, die Juristen hier im Hause werden wissen, wenn man nach einklagbarer Schutzverantwortung fragt, dann ist das etwas ziemlich Großes, das sich nämlich aus dem Grundgesetz ableiten lässt.

Die nächste sehr schwierig zu klärende Frage, und davon bin ich weit entfernt, ich kann nur für die Grünen sagen, dass das für uns keine Option ist: Muss für das Führen von Kriegswaffen durch private Sicherheitsdienste das Waffenrecht geändert werden, und welche Verbindungen bestehen hier zum Gewerberecht? Kein Schutzdienst, wie er auch oftmals hier im Hause ist, ist in der Lage, diese Waffen überhaupt besitzen, sie benutzen oder mitführen zu dürfen. Das deutsche Waffenrecht unterscheidet da klar. Wenn Sie von Kriegswaffen reden, und die fallen unter das Kriegswaffengesetz, dann sage ich ein klares Nein zur Änderung, wohlweislich ist das aus guten Erfahrungen so gesteuert.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

(B) Die letzte Frage, und die ist auch entscheidend, Herr Kollege Bödeker: Wie ist eigentlich die Haftung für die Kapitäne geregelt? Wenn Zivilisten beim Einsatz privater Sicherheitsdienste gegen Piraterie an Bord von Handelsschiffen zu Schaden kommen oder anderen Schaden zufügen, wer ist dann haftbar? Der Kapitän ist unumstritten, wie es so schön heißt, Herr an Bord, Herr aller Entscheidungen. Übernimmt er auch die Verantwortung dafür, wenn private Sicherheitsdienste falsch entscheiden, wenn tatsächlich einer der wenigen Fischer mit seinem Fischerboot vor Somalia unterwegs ist, sie ihn als vermeintlichen Piraten betrachten und einmal kurzerhand das Schiff versenken und dabei Menschenleben gefährden?

Diese Fragen bewegen die Bundesregierung. Ich glaube auch, Sie haben recht, wenn Sie sagen, die Bundesregierung muss mehr handeln. Das haben Sie zu Anfang Ihrer ersten Rede gesagt, der Kollege Schildt hat das auch gesagt, und ich glaube das auch. Jetzt aber den Senat aufzufordern, gemeinsam mit dem Bund und den im Land Bremen ansässigen Reedereien Gespräche über die Einrichtung einer staatlich anerkannten Akademie für die Ausbildung von Vessel Protection Teams, also privater Sicherheitsdienstleister, zu führen, damit schießen Sie mehr als über das Ziel hinaus, um da in der Analogie zu bleiben. – Vielen herzlichen Dank!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

**Präsident Weber:** Als nächster Redner hat das Wort Herr Staatsrat Dr. Heseler.

(C) **Staatsrat Dr. Heseler:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Das Thema Piraterie ist für uns seit Langem ein ganz wichtiges Thema, über das wir mit dem Bremer Rhederverein, mit den Unternehmen und natürlich auch mit den anderen Bundesländern und der Bundesregierung in Gesprächen sind. Ich will eines vorweg sagen – das ist hier ja auch betont worden –, entscheidend ist: Wenn man die Piraterie bekämpfen will, muss man an den Ursachen ansetzen. Wenn man die Ursachen nicht in den Griff bekommt, wird man auf Dauer das Problem der Piraterie nicht lösen können. Das ist eine ganz entscheidende Voraussetzung.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/  
Die Grünen)

Gleichzeitig ist es aber so, dass wir auch kurzfristige und mittelfristige Lösungen angehen müssen, und hier ist eines, glaube ich, Herr Bödeker, ganz klar – das kann ja auch niemand bestreiten, egal ob man Schuld oder Verantwortung sagt –, die Verantwortung liegt klar und eindeutig bei der Bundesregierung und nicht bei den Bundesländern und anderen.

Die Bundesregierung ist hier für die Außenpolitik und die Sicherheitspolitik zuständig. Sie ist gefordert, Lösungen zu finden, sie arbeitet daran, und sie braucht sehr viel Zeit. Es sind auch sehr komplizierte juristische Probleme. Aus Sicht des Wirtschaftsressorts muss man sicherlich sagen, dass die Bekämpfung der Piraterie zunächst eine hoheitliche Aufgabe bleiben muss. Welche kurzfristigen Maßnahmen man auch ergreift, es ist primär eine hoheitliche Aufgabe. Daran sollte sich auch nichts ändern, gleichwohl muss für uns der Schutz der Seeleute, ich sage ausdrücklich, nicht nur der deutschen Seeleute, sondern auch der ausländischen Seeleute und der Seeleute, die auf deutschen Schiffen, aber nicht unter deutscher Flagge fahren, ein Thema sein.

Wir haben in den letzten Wochen und Monaten Gespräche geführt. Es ist, glaube ich, bereits von dem Abgeordnete Willmann darauf hingewiesen worden, dass dies ja auch ein zentrales Thema auf dem Bremer Kapitänstag Anfang September gewesen ist. Wir hatten noch in dieser Woche mit dem Staatssekretär des Wirtschaftsministeriums, Herrn Otto, darüber gesprochen. Es zeichnet sich ab, dass die Bundesregierung, die Bundesministerien für Inneres, Verteidigung, Wirtschaft und Verkehr, kurz vor der Fertigstellung eines gemeinsamen Konzepts ist, das eine Erhöhung der Kapazitäten der Marine in dem Bereich zum Gegenstand hat, das ist sicherlich auch eine ganz wichtige Aufgabe.

Darüber hinaus wird auch an dem Thema der Eigensicherung der Schiffe durch Reeder gearbeitet, und es werden Vorschläge dazu erarbeitet, dabei wurde auch die Frage hoheitlicher Schutzdienste aufgeworfen. Dies erfolgt in enger Zusammenarbeit mit dem Verband deutscher Reeder, auch mit den Bundeslän-

(C)

(D)

(A) dern. Für uns ist es ganz wichtig, dass wir versuchen, eine gemeinsame Position der norddeutschen Bundesländer zu diesen Fragen zu erreichen, dort sind die Reedereien in der Regel angesiedelt. Wir müssen sehen, dass wir hier eine gemeinsame Position hinbekommen.

Hoheitliche Schutzdienste auf Schiffen können die Sicherheit verstärken. Wir müssen jedenfalls kurzfristige Maßnahmen ergreifen und können nicht nur auf langfristige Regelungen warten. Wir wollen natürlich keine Söldner und keine privaten Sicherheitsunternehmen auf den Schiffen. Die Bundesregierung überlegt wohl, zertifizierte Unternehmen einzusetzen. Man muss sich hier einmal sehr genau damit befassen, was Gegenstand der Zertifizierung ist, wie die Ausbildung, die Bewaffnung solcher Einsatzkräfte auf den Schiffen sein kann.

Ich würde jedenfalls zunächst einmal sagen, wir können es nicht grundsätzlich ausschließen, auch die Sicherheit auf den Schiffen zu erhöhen. Dies ist aber, wie es hier auch dargestellt worden ist, eine sehr komplizierte juristische Frage, die dabei zu berücksichtigen ist. Wichtig ist aber auch, ich glaube, daran geht kein Weg vorbei, dass wir kurzfristig handlungsfähig sein müssen. Wir müssen den Reedern, den deutschen Reedern, den Bremer Reedern, klarmachen, Bremen steht auch dafür, den Schutz der Seeleute zu verbessern, und das auch mit schnell wirksamen Maßnahmen. – Vielen Dank!

(B) (Beifall bei der SPD)

**Präsident Weber:** Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Damit ist die Beratung geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Als Erstes lasse ich über den Antrag der Fraktion der CDU abstimmen.

Wer dem Antrag der Fraktion der CDU mit der Drucksachen-Nummer 18/45 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür CDU und Abg. T i m k e [BIW])

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE)

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag der CDU ab.

Nun lasse ich über den Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen abstimmen.

Wer dem Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen mit der Drucksachen-Nummer

18/66 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen! (C)

(Dafür SPD und Bündnis 90/Die Grünen)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen CDU, DIE LINKE und Abg. T i m k e [BIW])

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Antrag zu.

### **Beteiligung der Fachdeputationen bei der Verteilung der Einnahmen aus Wetten**

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/  
Die Grünen  
vom 27. September 2011  
(Drucksache 18/65)

Dazu als Vertreter des Senats Herr Staatsrat Lühr.  
Die Beratung ist eröffnet.

Als erster Redner hat das Wort der Abgeordnete Tschöpe.

Abg. **Tschöpe** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Manchmal wird man ja mit Dingen konfrontiert, die man sich so gar nicht vorstellen kann. Mir ist das vor ein paar Wochen so gegangen, als ich in einer Schulklasse gewesen bin und zum Thema Euro, Europaintegration, die These hatte, dass in Westeuropa überall parlamentarische Demokratien am Werk seien und dass dies dazu geführt habe, dass wir seit 60 Jahren eine Nachkriegsfriedensordnung haben. Da meldete sich ein Schüler und sagte: Herr Tschöpe, Friedensordnung kann ich noch verstehen, aber wie kommen Sie eigentlich darauf, dass wir in Westeuropa nur parlamentarische Demokratien hätten? Wir haben doch auch mindestens drei absolutistische Staaten in Westeuropa, und er nannte dann Andorra, das Fürstentum Liechtenstein und den Vatikan. Ich sagte, Mensch, richtig, man muss sich auch als Fraktionsvorsitzender der SPD gelegentlich korrigieren lassen. Wir haben in Westeuropa nicht nur parlamentarische Demokratien, sondern auch absolutistische Staaten.

Ein bisschen ähnlich war das Erleben, das ich hatte, als ich feststellte, dass das von mir eigentlich als völlig normal erachtete Verfahren der Verteilung der Wettmittel in Bremen doch anders zu sein scheint, als ich immer dachte. Ich bin immer davon ausgegangen, dass es Mittel gibt, die im Haushalt als Wettmittel tituliert sind, und da entscheidet wie in jedem anderen Verfahren eine Deputation öffentlich und transparent darüber, wie sie verteilt werden. Ich bin dann gewahr geworden, dass es in einem Teilbereich ei-

(D)

(A) nen gewissen Konflikt gibt, und zwar im Umweltbereich. Hier wollte die Verwaltung ohne die Beteiligung der Deputation Geld verteilen.

Ich habe das, wenn ich ehrlich bin, zuerst gar nicht ernst genommen und gedacht, diese Argumentation ist so schräg und am Parlament vorbei. Ich habe mich dann aber eines Besseren belehren lassen müssen und mit den Kollegen von den Grünen gesprochen, ob dies eigentlich im Sinn des Parlaments sein kann. Wir waren uns sehr schnell einig, dass dies nicht im Sinn des Parlaments ist, sondern dass öffentliche Mittel transparent nach Sachkriterien, aber auch vor allen Dingen demokratisch verteilt werden müssen. Darüber besteht, glaube ich, im Haus eine große Übereinstimmung, deshalb fasst dieser Antrag eigentlich nur Selbstverständlichkeiten zusammen, und ich gehe davon aus, dass wir ihn hier mit großer Mehrheit beschließen werden. – Danke sehr!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/  
Die Grünen)

**Präsident Weber:** Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Dr. Güldner.

(B) Abg. **Dr. Güldner** (Bündnis 90/Die Grünen \*): Herr Präsident, meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, dass wir schlichtweg alle gemeinsam vielleicht etwas vergessen haben. Wir haben nämlich vergessen, dass wir in der Vergangenheit gemeinsam beschlossen haben, dass es gar keine Wettmittel mehr gibt. Insofern ist die Terminologie noch nicht ganz aus unseren Köpfen und den Unterlagen verschwunden. Die Wettmittel sind inzwischen nach der Gesetzeslage ganz normale Haushaltsmittel. Gleichwohl – und das ist ja auch zu begrüßen – werden in verschiedenen Deputationen noch Projektmittel vergeben, die aus diesen Töpfen gespeist werden. Ich glaube, so ist der Zusammenhang richtig.

Was wir, glaube ich, vergessen haben, ist, dass wir uns bei dieser Veränderung, weg von den Wettmitteln, hin zu den allgemeinen Haushaltsmitteln, die dann unter anderem im Bereich Sport, Kultur und Umwelt für sinnvolle Projekte in dieser Stadt ausgegeben werden, nicht überlegt haben, dass wir dann natürlich auch vielleicht klarstellen müssen, nach welchen Verfahren denn diese Mittel heutzutage unter diesen veränderten Bedingungen vergeben werden. Es ist dennoch wichtig, dass wir das tun. Ich glaube, es ist auch wichtig, dass wir das in einem Antrag tun, um es für alle Deputationen klarzustellen, weil ich glaube – der Kollege Tschöpe hat jetzt den Umweltbereich angesprochen, und ich konnte mir ein Schmunzeln nicht verkneifen –, dass es in den verschiedensten Ressortbereichen unterschiedliche Traditionen und eine unterschiedliche Art und Weise gibt, wie diese Mittel in der Vergangenheit und auch heute vergeben werden.

\*) Vom Redner nicht überprüft.

(C) Ich habe sehr lange in dem berühmten Unterausschuss Sport gesessen, auch zu Zeiten der Großen Koalition.

(Abg. P o h l m a n n [SPD]: War doch gut, oder?)

Das war eine wunderbare Erfahrung, lieber Kollege Pohlmann, ganz genau!

Diese Erfahrungen aus den unterschiedlichen Deputationen und Unterausschüssen und aus den unterschiedlichen Verteilungsgremien für Projektmittel haben mich dazu gebracht, dass ich diesen Antrag, den wir heute gemeinsam einbringen, für sehr sinnvoll halte. Dadurch stellen wir erstens klar, dass wir Förderkriterien brauchen, die allgemein verbindlich sind, nach denen jeder nachvollziehen kann, wie diese Mittel vergeben werden, und zweitens, dass wir dort selbstverständlich – das versteckt sich in dem Antrag ein bisschen in einer kryptischen juristischen Formulierung mit dem Verweis auf die dazugehörigen Paragraphen – den Datenschutz, das Urheberrecht und auch den Schutz der Belange Dritter, nämlich derer, die diese Anträge formulieren, sicherstellen müssen, dass selbstverständlich die Deputationen beteiligt werden und am Ende darüber entscheiden und dass dies auch mit den entsprechenden Haushaltsvermerken versehen wird.

(D) Ich glaube, wenn wir heute gemeinsam einen solchen Antrag verabschieden, dann haben wir das zumindest für die nächste Zeit einmal klargestellt, egal für welche Bereiche, egal um welche Fördertöpfe es hier geht, und dass wir hier ein gemeinsames und auch klar nachvollziehbares Verfahren haben.

Wenn wir uns, das ist mein letzter Gedanke, als rot-grüne Regierung, und da hatten wir gestern einen weiteren Antrag zu der Frage, soll man die Vorlagen in das Netz stellen, dazu bekennen – und ich finde, es ist ein sehr großer Verdienst dieser rot-grünen Regierung, dass wir uns dazu bekennen –, im Lande Bremen erstmals eine vollständige Transparenz und Nachvollziehbarkeit der in den Gremien stattfindenden Verfahren zu haben, dann ist das heute eine weiterer Baustein, der diese Transparenz, diese Nachvollziehbarkeit, diese demokratische Legitimierung durch legitimierte Verfahren festschreibt. Das ist, finde ich, ein großer Schritt heraus aus dem Dunkel möglicher Vergaben von Mitteln, die draußen im Lande keiner nachvollziehen kann, hin zu einer transparenten und demokratisch legitimierten Vergabe. Deswegen ist unsere Fraktion ganz klar für diesen Antrag. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und  
bei der SPD)

**Präsident Weber:** Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Rupp.

(A) Abg. **Rupp** (DIE LINKE)\*): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrte Damen und Herren! Selbstverständlich sind wir auch dafür, dass Haushaltsmittel transparent und demokratisch legitimiert vergeben werden. Mir ist bisher nicht aufgefallen, dass dieses Prinzip in den letzten vier Jahren in grober Weise verletzt worden ist. Möglicherweise habe ich da etwas übersehen. Deswegen muss ich noch einmal genau hinsehen, denn offensichtlich gibt es eine dringende Notwendigkeit, die Tatsache, dass im Land Bremen Haushaltsmittel legitim und transparent vergeben werden, noch einmal deutlich zu betonen und dies mit einem wichtigen Beschluss heute hier nach innen und nach außen zu dokumentieren. Wir wollen uns diesem historischen Ereignis natürlich keinesfalls verwehren, deswegen werden wir diesem Antrag zustimmen. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit!

(Beifall bei der LINKEN)

**Präsident Weber:** Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Strohmann.

Abg. **Strohmann** (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Dr. Güldner, Sie haben jetzt also doch die Maske heruntergerissen: Sie wollen die Wettmittel abschaffen, das haben Sie gerade gesagt.

(B) (Abg. Dr. Güldner [Bündnis 90/Die Grünen]: Schon längst passiert, Herr Strohmann! Da sind Sie von vorgestern!)

Das weiß ich, das war jetzt auch eher ein Scherz! Noch in der Großen Koalition wurden die Wettmittel Haushaltsmittel. Sie haben dies nur alles bei Finanzen zentralisiert, das war damals der Streit mit der Aufteilung: Was passiert mit den Wettmitteln?

Trotzdem werden wir aber natürlich auch als Fraktion diesen Antrag mit unterstützen. Wir begrüßen ihn außerordentlich und freuen uns auch, dass diese wochenlange Hängepartie jetzt endlich beendet und der Versuch, die Deputation zu entmachten, gescheitert ist, das muss ich ehrlich sagen.

Nun muss ich auch etwas zur bisherigen Vergabepaxis sagen. Sie haben soeben gesagt, dass das jetzt nach vorn gerichtet ist und man immer nach vorn schauen muss, damit alles besser wird. Das hat mich dann doch überrascht, weil ich auch, wie Sie, ein paar Jahre Mitglied in dem legendären Unterausschuss Sport war, in dem die Mittel vergeben wurden. Da muss ich ehrlicherweise sagen, da gibt es seit Jahren feste, klare Kriterien zur Förderung, und ich muss auch sagen, für die Sportdeputierten war es weder ein zeitliches noch intellektuelles Problem, auch über kleinere und mittlere Projekte zu entscheiden. Deswegen hat mich das ein bisschen verwundert.

\*) Vom Redner nicht überprüft.

(C) (Beifall bei der CDU und der SPD – Abg. Dr. Güldner [Bündnis 90/Die Grünen]: Von den größeren ganz zu schweigen, nicht?)

Von den größeren ganz zu schweigen! Da wurde es dann meistens ein bisschen problematischer, aber da hatten wir dann, Gott sei Dank, auch immer die objektive und fachkompetente Unterstützung der Verwaltung, so wie es wahrscheinlich auch im Umweltressort sein wird. Nun bin ich noch nicht so lang dabei, aber ich bin willens, auch da mein Know-how aus der Sportdeputation mit einzubringen. Ich glaube, da sind wir auf einem guten Weg. Dieser Antrag ist eine gute Grundlage, dass wir jetzt sachgerecht und objektiv entscheiden, aber ich sage Ihnen auch ganz persönlich, manchmal ist so ein Bauchgefühl gar nicht verkehrt.

Wenn mir – ich habe auch schon ein paar Vorlagen gelesen – dann jemand einen Stundenlohn von 18 Euro als Aushilfsaufwandsentschädigung verkaufen will, hilft manchmal nicht nur der Bauch, sondern ganz normaler beruflicher Sachverstand und Erfahrung. Ich glaube schon, es ist für uns alle – auch für die Projektträger und die Projekte – für die Akzeptanz in der Bevölkerung ungemein wichtig, dass wir uns öffnen, dass wir die Projekte transparent darstellen und auch die Finanzierung, denn was für eine Kultureinrichtung, für jedes Bürgerhaus, für jeden Sportverein normal ist, nachzuweisen, was sie mit dem Geld machen, das, glaube ich, sollte auch für solche Umweltprojekte normalerweise notwendig und auch gut sein.

Eines sage ich noch einmal abschließend: Weil diese Projektmittel sind und sie nicht dafür vorgesehen sind, dauerhaft Stellen abzusichern, werden wir dies nicht mitmachen. Wenn wir als Parlament sagen, bestimmte Dinge sind uns wichtig, dann müssen wir sie absichern, keine Frage, aber nicht über diese Projektmittel. Ich freue mich auf die Richtlinien und die Diskussion, und dann bekommen wir das gemeinsam hin. – Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

**Präsident Weber:** Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Dr. Güldner.

Abg. **Dr. Güldner** (Bündnis 90/Die Grünen)\*): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Einem Eindruck, der charmant, aber immerhin doch jetzt gerade eben in der Rede des Kollegen Strohmann erweckt worden ist, möchte ich hier ganz ausdrücklich und explizit entgegentreten, weil er andernfalls vielleicht von dem einen oder anderen missverstanden werden kann: Wenn Sie hier suggerieren, dass es bei den Umweltprojekten Probleme mit der Transparenz, mit der Nachvollziehbarkeit und ande-

\*) Vom Redner nicht überprüft.

(A) ren Dingen gibt, dann ist das völlig falsch. Das ist auch nicht der Anlass für diesen Antrag und hat auch gar nichts damit zu tun. Ich weise das erst einmal für die vielen engagierten Initiativen, die sich zurzeit, aber auch in der Vergangenheit im Umweltbereich um Projekte bemüht haben, die uns im Umweltbereich weiterbringen, ausdrücklich an dieser Stelle zurück, damit das so nicht stehen bleibt!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wenn man wie Sie und ich die Summen kennt, die wir in diesem, wie Sie sagen, legendären Unterausschuss Sport an Sportvereine vergeben haben, wenn man die Summen kennt, die an ökologische Initiativen und Umweltprojekte vergeben werden, dann verbietet es sich schon aus diesem Grund, von der einen Seite auf die andere mit dem Finger zu zeigen. Es sind in aller Regel sehr kleine Summen, die durch einen hohen Anteil an ehrenamtlicher Arbeit für extrem sinnvolle Projekte erbracht werden, und keinesfalls die sechs- und siebenstelligen Summen, die an anderer Stelle aus vergleichbaren Töpfen vergeben werden.

(B) Wenn der Eindruck, vielleicht auch unbeabsichtigt, entstanden sein sollte, dass es hier im Bereich der Umweltprojekte Probleme gäbe: Ganz im Gegenteil, sie leisten hervorragende Arbeit! Das werden sie auch weiterhin machen, und sie sind selbstverständlich auch bereit – das ist doch vollkommen klar! –, ihre Grundvoraussetzungen für die Erfüllung der Projektziele offenzulegen, sich dieser Debatte auch in der Deputation zu stellen. Deswegen möchte ich nicht, dass in dieser Debatte ein solcher Eindruck stehen bleibt, sondern ich glaube, dass wir mit dem jetzigen Verfahren auch allen Antragstellern, im Umweltbereich wie im Kultur- und Sportbereich und im sozialen Bereich, einen Gefallen getan haben, dass sie nämlich ganz klare Ansagen vonseiten der Politik erhalten, auf welche Verfahren sie sich einzustellen haben. – Vielen Dank!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

**Präsident Weber:** Als nächster Redner hat das Wort Herr Staatsrat Lühr.

**Staatsrat Lühr:** Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Für den Senat nehme ich zu dem Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen wie folgt Stellung: Auch der Senat hält es für wichtig und notwendig, dass klare und einheitliche für alle geltende Spielregeln für die Vergabe von Fördermitteln bestehen. Dazu gehört auch die Beteiligung der Deputationen. Nur so kann die notwendige Transparenz in der Vergabe auch gewährleistet werden.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

(C) Vielleicht kann ich noch einmal den historischen Strang, der hier schon angesprochen wurde, ganz kurz aufgreifen, weil wir seit dem 1. Januar 2010 die Umstellung von den klassischen Fördermitteln auf die haushaltsbezogenen Fördermittel haben! Das läuft wie folgt ab: Die der Stadtgemeinde Bremen zustehenden Zweckabgaben werden im Produktplan 93 zentral vereinnahmt und dann auf die Ressorthaushalte nach dem klassischen Schlüssel – dieser wird dann immer wieder noch einmal bei den Haushaltsberatungen abgefragt, ob er so noch stimmig ist – verteilt und dort auch ausdrücklich veranschlagt.

Der nächste Schritt ist dann die Verausgabung und Verteilung der Mittel. Dazu kann ich noch einmal für den Senat ausdrücklich erklären: Wir werden der Aufforderung der Bürgerschaft nachkommen und eindeutig definierte Förderrichtlinien mit den Vergabekriterien noch einmal präzisieren. Es ist nicht so, dass wir bis jetzt im rechtsfreien Raum agiert haben, sondern es gibt ganz klare Absprachen zwischen den Ressorts und dem Finanzressort, wie das zu passieren hat. Das werden wir aber noch einmal in die Richtlinien gießen, die dann auch in einem entsprechenden Verfahren vorgelegt werden. Die zweite Sicherung wäre dann, dass Haushaltsvermerke angebracht werden. Das werden wir in der Haushaltsaufstellung veranlassen. Dann ist ganz eindeutig klar, wie mit den veranschlagten Mitteln umzugehen ist. Außerdem hatte ich schon gesagt, der Senat geht davon aus, dass die Deputation befasst wird.

(D) Für die Förderrichtlinien wird die Verwaltung jetzt einen Entwurf vorlegen, der dann in dem geforderten Verfahren zur Beschlussfassung gebracht werden soll. Wir werden dann auch dem Haushalts- und Finanzausschuss im Rahmen unserer regelmäßigen Berichterstattung über das Gesamtverfahren berichten, weil das für das Finanzressort die entsprechende Adresse ist. Ich glaube, damit habe ich noch einmal beschrieben, wie wir jetzt vorgehen wollen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

**Präsident Weber:** Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Damit ist die Beratung geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen mit der Drucksachen-Nummer 18/65 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Antrag zu.

(Einstimmig)

(A) **Langzeitarbeitslose müssen Chancen auf Arbeit behalten**

Antrag (Entschließung) der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 28. September 2011 (Neufassung der Drucksache 18/67 vom 27. September 2011) (Drucksache 18/69)

Wir verbinden hiermit:

**Arbeitsmarktreformen im Land Bremen verantwortungsvoll umsetzen**

Antrag der Fraktion der CDU vom 27. September 2011 (Drucksache 18/68)

Dazu als Vertreter des Senats Herr Staatsrat Prof. Stauch.

Die Beratung ist eröffnet.

**Präsident Weber:** Als erster Redner hat das Wort der Abgeordnete Reinken.

Abg. **Reinken** (SPD): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Vorab: Wir führen hier keine abstrakte Diskussion, sondern eine Diskussion über die konkreten Auswirkungen politischer Entscheidungen auf die Handlungsmöglichkeiten in Bremen und Bremerhaven, ausgehend von der Lage in unserem Land. Daran messen wir die Entscheidung und auch die Debatte zu diesem Antrag.

Was hat die Bundestagsmehrheit in der letzten Woche beschlossen? Den Zeitungsüberschriften folgend sozusagen die Entrümpelung des arbeitsmarktpolitischen Instrumentenkastens, die Reduzierung der Förderprogramme, fünf Schlagworte: mehr Dezentralität und Flexibilität, höhere Individualität und Qualität, mehr Transparenz! Wie immer bei Überschriften hört es sich gut an. Wenn wir aber genauer hinschauen, dann wird aus diesen passablen Überschriften eine harte Realität. Wir stehen vor einer erneuten Kürzungswelle bei den Mitteln für aktive Arbeitsmarktpolitik, die vor allem die Städte und Kommunen treffen wird. Daraus folgt, die Langzeitarbeitslosigkeit zu bekämpfen, wird schwerer. Wir bekommen diese Kürzungswelle sozusagen zweifach, zunächst mit der Reform der Instrumente aktiver Arbeitsmarktpolitik, also der Verschlechterung einer ganzen Reihe von wichtigen Instrumenten, und dann noch einmal zusätzlich durch eine Haushaltspolitik, die den deutlich verschlechterten Instrumentenkasten mit deutlich weniger Geld ausstattet. Daran gibt es Kritik, allerdings nicht nur politisch, sondern auch fachlich.

Ich darf mit der Erlaubnis des Präsidenten aus der Stellungnahme des Städte- und Gemeindebundes zitieren: „Die Neugliederung der Instrumente ist besonders auf Personen ausgerichtet, die aufgrund ihrer fachlichen und persönlichen Voraussetzungen die

größten Chancen haben, sich wieder in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Demgegenüber werden Maßnahmen für Personengruppen mit schwerwiegenden Problemen und einer geringeren Leistungsfähigkeit weiter eingeschränkt, Menschen mit Behinderung, Menschen, die beispielsweise von Sucht und Schulden beeinträchtigt sind, Menschen mit geringer Qualifikation, Bildungsgrad und mit Migrationshintergrund, Ältere und Alleinerziehende.“ Soweit einige kritische Anmerkungen des Städte- und Gemeindebundes! Ich glaube, man kann nicht unterstellen, sie seien ideologisch motiviert. Das, was dort festgestellt wird, ist im Ergebnis auch so.

Wir finden in dem beschlossenen Gesetz nichts erwähnenswert Neues zum Thema Fachkräftemangel, dafür aber umso mehr deutliche Verschlechterungen der Möglichkeiten, mit dem Thema Langzeitarbeitslosigkeit umzugehen. Wir haben im Ergebnis dann eine Arbeitsmarktpolitik, die nicht mehr darauf setzt, dass alle in der Gesellschaft mitgenommen werden, dass wir keine Potenziale liegen lassen und denen, die unserer Hilfe bedürfen, auch Hilfe zukommen lassen, sondern wir bekommen eine Arbeitsmarktpolitik, die weiter selektiert. Das muss aus unserer Bremer Sicht natürlich ganz deutlich abgelehnt werden, und das erwarten wir auch.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen)

Man kann über einzelne Instrumente trefflich streiten, dazu bin ich auch jederzeit gern bereit, nur muss man dann zunächst einmal auch in die Haushaltsvorlagen schauen. Die ersten Pläne für den Haushalt sehen vor, dass gegenüber dem Haushaltsjahr 2010 mit Kürzungen von über 30 Prozent für das Land insgesamt gerechnet werden kann. Nach den ersten Planungen bekommt das Jobcenter Bremen statt 70 nur noch 53 Millionen Euro und Bremerhaven statt 23 nur noch 16 Millionen Euro, und das ist Geld, das uns dringend für aktive Arbeitsmarktpolitik fehlt. Das ist auch kein Problem der Träger, wie im Antrag der CDU andeutungsweise unterstellt wurde, sondern es ist ein Problem der Menschen, die betreut werden wollen und denen wir aus der Langzeitarbeitslosigkeit behelfen wollen.

Neben allem Streit über die Sinnhaftigkeit einzelner Instrumente ist das der materielle Kern dessen, was jetzt beschlossen worden ist. Dies gilt insbesondere für alle Maßnahmen der öffentlich geförderten Beschäftigung, und das ist auch unser Hauptvorwurf und unsere Kritik an der Arbeitsmarktpolitik der Bundesregierung. Sie nimmt nicht die konkreten Probleme und Verhältnisse in den Ballungsräumen, in den großen Städten, in den Regionen, die Strukturumbrüche zu bewältigen haben, zur Kenntnis und bietet dafür Lösungen an, sondern sie entzieht Städten, Kommunen und Gemeinden den Boden für eine aktive Arbeitsmarktpolitik, insbesondere für die Langzeitarbeitslosigkeit,

(C)

(D)

(A) (Beifall bei der SPD)

und dies aus fiskalischen Gründen, nicht weil sie über bessere und neue Ideen verfügt, denn bessere und neue Ideen enthält dieses Paket nicht.

Wenn Frau von der Leyen sagt, wir geben den Arbeitsvermittlern und Fallmanagern den Entscheidungsspielraum, um Menschen schneller, passgenauer zu helfen, dann ist das für mich die übliche Talkshowplauderei, die an den Realitäten vorbeigeht. Realität ist doch, erst kürzen wir den Instrumentenkasten, dann kürzen wir noch die Haushaltsmittel, und dann sagen wir, macht einmal mit 30 Prozent weniger das Beste daraus. So kann es nicht stehen bleiben!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/  
Die Grünen)

Es ist auch – letzte Bemerkung – keine Verschiebung von Verantwortung, wenn wir feststellen, der Bund ist in der Pflicht. Es ist keine Verschiebung von Verantwortung und auch kein Stehlen aus der Verantwortung von Landespolitik. Wenn der Bund die Mittel zusammenstellt, über die Instrumente und Ausstattung entscheidet, dann liegt auch dort die Verantwortung und die Entscheidung, uns hier im Land, in den Gemeinden mit den nötigen Mitteln auszustatten. Das muss auch so angesprochen und diskutiert werden. Deswegen bitten wir um Zustimmung zu unserem Antrag und um Ablehnung des Antrags der CDU! – Herzlichen Dank!

(B)

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/  
Die Grünen)

**Präsident Weber:** Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Willmann.

Abg. **Willmann** (Bündnis 90/Die Grünen)\*): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die schwarz-gelbe Bundesregierung bleibt mit ihrem Beschluss vom letzten Freitag bei dem die Gesellschaft spaltenden Konzept, und sie verteilt weiterhin von Arm an Reich. Das kann man so zusammenfassen.

Die Instrumentenreform mit dem vollmundigen Titel „Gesetz zur Verbesserung der Eingliederungschancen am Arbeitsmarkt“ bedeutet leider für die meisten Langzeitarbeitslosen ganz eindeutig eine Verschlechterung ihrer Chancen, Arbeit zu finden beziehungsweise sie zu behalten. Einen Vorgeschmack darauf zeigt der schon aktuell spürbare und drastische Rückgang der Förderaktivitäten der Jobcenter, der auf die 2010 beschlossenen Kürzungen beim Eingliederungstitel zurückgeht. Das haben wir dort noch einmal – Lob an alle! – gemeinsam hinbekommen. Das, was jetzt an verkleinertem Instrumentenkasten, -kästchen oder -schatulle auf uns zukommt, ist eine schwierige, wenn

\*) Vom Redner nicht überprüft.

nicht gar unlösbare Aufgabe. Die Bundesregierung geht hier also weiter den Weg des geringsten Widerstands. Diejenigen, die sowieso leicht wieder in Arbeit kommen und in der Statistik als Erfolg auftauchen, wertet sie auf Kosten derer auf, die nicht kurzfristig und günstig zu vermitteln sind. Das ist keine Art von Politik, die den sozialen Zusammenhalt garantiert.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und  
bei der SPD)

All die, die besondere Unterstützung der Jobcenter brauchen, lässt die Bundesregierung zynisch als Bodensatz zurück. Der alleinige Fokus auf die Aufnahme ungeförderter Beschäftigung in Verbindung mit den beabsichtigten Kürzungen und der Deckelung der Trägerpauschalen führt dazu, dass es zu einer Bestenauslese reicht, die die Arbeitslosen trennt und nicht mehr gemeinsam behandelt. Der Paritätische Wohlfahrtsverband spricht aktuell von brutalen sozialen Verwerfungen, die dieses Gesetz haben wird. Dem pflichte ich bei!

Besonders hart – nicht nur für Frauen, aber ganz besonders für sie – werden sich zum Beispiel die massiven geplanten Kürzungen beim erfolgreichen Gründungszuschuss auswirken. Es liegt dann im Ermessen, ob Kinderbetreuung ein Hemmnis für eine Gründung ist. Das kann kein Ermessen und darf kein Hemmnis sein!

(D)

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und  
bei der SPD)

Die Zahl der Förderungen wird auch hier stark zurückgehen, das ist schon klar, und stattdessen die Arbeitslosigkeit der Gründungswilligen verlängern. Hier erweist sich die Bundesregierung nebenbei einen echten Bärenienst: Nachgewiesenermaßen schaffen Neugründerinnen und Neugründer zusätzliche Arbeitsplätze. Dagegen werden notwendige Reformen bei der beruflichen Weiterbildung nicht in Angriff genommen. Obwohl der Fachkräftebedarf wächst, werden keine Impulse gesetzt, Arbeitslose intensiver als bisher qualifizieren zu können. Auch das große Problem der viel zu geringen Partizipation gerade von Langzeitarbeitslosen, Geringqualifizierten oder Migrantinnen und Migranten an Weiterbildung wird überhaupt nicht angegangen.

Ein verlässlicher und sozialer Arbeitsmarkt für das Land Bremen, der so dringend notwendig ist, rückt durch die Vorgaben der Bundesregierung in weite Ferne. Eine sinnvolle längerfristig angelegte Strategie zur Integration besonders Benachteiligter wird somit kaum mehr möglich sein. Ihre Teilhabe und Eingliederungschancen werden so weiter dramatisch zurückgehen.

Die Bremer Landesregierung wird – das wissen wir – alle Möglichkeiten der Einflussnahme im Bundes-

(A) rat nutzen, nur die am letzten Freitag beschlossenen Maßnahmen sind nicht im Bundesrat zustimmungspflichtig. Eine Zustimmung ist daher leider weder vorgesehen noch notwendig, was den Erfolg der Intervention fast unmöglich macht. Hier in Bremen werden wir, dem Konsolidierungspfad geschuldet und verpflichtet, die Ausfälle – das kann ich an dieser Stelle schon sagen – nicht hundertprozentig kompensieren können. Wer das den Bürgerinnen und Bürgern und den Betroffenen erzählt, streut ihnen Sand in die Augen. Wir wissen, dass die Forderung gleich von der linken Seite des Parlaments kommen wird.

Noch zum Antrag der CDU! Sie fordern in Ihrem Antrag ein paar schöne Dinge. Punkt 3 besagt, Sie glauben, dass beim anstehenden Neuzuschnitt der Agenturbezirke durch den Verwaltungsrat der Bundesagentur für Arbeit nicht nur die kommunalen Gebietskörperschaften, sondern auch die Wirtschaftsräume berücksichtigt werden. Herr Kastendiek, es tut mir leid, das hat sich auch am letzten Freitag durch den Verwaltungsrat, durch den Protest aller, auch derer, die hier im Haus sind, und der betroffenen Kommune in Bremerhaven, erledigt, dort bekommen Sie kein Bein mehr an Land, und das tut uns leid.

(Abg. K a s t e n d i e k [CDU]: Die Realitäten sehen anders aus!)

Dieser Punkt ist überflüssig!

(B) Sie schreiben: „Öffentlich geförderte Beschäftigung muss die Ausnahme bleiben und auf denjenigen Personenkreis beschränkt bleiben, der wegen besonderer Vermittlungsschwierigkeiten nicht unmittelbar in den Ausbildungs- oder Arbeitsmarkt integriert werden kann“. Ja, da haben Sie recht! Nur, wie soll das gehen, wenn die Zusätzlichkeit, die Ihre Frau von der Leyen dort beschließt, nur noch zusätzlich und nicht in Konkurrenz zum ersten Arbeitsmarkt stehen darf? Gerade der Weg zum ersten Arbeitsmarkt und deshalb auch das Einbringen an Maßnahmen am ersten Arbeitsmarkt ist der Weg, der dahin führen kann. Ferne, abgekoppelte und unter Wattebäuschchen beschützte Arbeitsgelegenheiten nützen uns nichts, und das sieht die Bundesregierung in diesem Fall nicht ein. Ihren Antrag lehnen wir ab und bitten um Unterstützung für unseren Antrag! – Vielen Dank!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

**Präsident Weber:** Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Kastendiek.

Abg. **Kastendiek** (CDU)\*): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bin schon ein wenig überrascht – ich will den Begriff erschüttert nicht in den Mund nehmen –, wie undifferenziert die Red-

\*) Vom Redner nicht überprüft.

ner der Koalition ihren Antrag, in dem nicht sehr viel steht, hier heute begründet haben. (C)

Herr Reinken, ich würde Ihnen sogar recht geben, dass die Stellungnahme des Städtetags nicht ideologisch motiviert war. Bei Ihren beiden Reden muss ich feststellen, trifft dies nicht zu. Es war reine Ideologie und undifferenziertes Kritisieren der Bundesregierung, damit werden Sie der Problematik, die Sie hier zu Recht angesprochen haben, in keiner Weise gerecht.

(Beifall bei der CDU)

Monokausale Zusammenhänge und Argumentationsstränge helfen uns dort nicht weiter.

Ich möchte einmal zwei Zahlen nennen, vielleicht wird Ihnen dann auch deutlich, dass das, was Sie hier gerade produziert haben, ein Sturm im Wasserglas ist. Wie hoch waren – und das ist ja einer der großen Problembereiche, der überhaupt nicht negiert wird – die steuerfinanzierten Ausgaben für die Empfänger von Arbeitslosengeld-II-Mitteln, die in den Arbeitsmarkt eingegliedert werden sollen? Das waren 3,1 Milliarden Euro im Jahr 2005, zu rot-grüner Zeit.

Diese Mittel sind bis zum Jahr 2009 auf 5,1 Milliarden Euro aufgestockt worden. Da kann doch keiner ernsthaft sagen, Herr Willmann, dass dieses Thema überhaupt nicht auf dem Schirm ist. Dass Sie sich dann hier hinstellen, Herr Willmann, als Vertreter von Rot-Grün, und jetzt spreche ich Sie genauso an, wie Sie uns gerade angesprochen haben zu unserer Frau von der Leyen! Ich weiß, dass bei einer solch erfolgreichen Ministerin ein bisschen Neid mitschwingt, Sie hätten sie sicherlich auch gern in Ihren Reihen an der Stelle. (D)

(Beifall bei der CDU – Unruhe beim Bündnis 90/Die Grünen)

Das und jegliche Kritik aus dieser Richtung des Hauses verbietet sich angesichts dieser Zahl von Rot-Grün im Jahre 2005, meine sehr verehrten Damen und Herren!

(Beifall bei der CDU)

Ich möchte noch eine zweite Zahl nennen, Herr Willmann, an der Sie ablesen können, dass man mit undifferenzierter Sichtweise, mit monokausalen Argumentationsweisen bei der Problemlösung hinsichtlich der Langzeitarbeitslosen keinen Schritt weiterkommt: Wir haben im letzten Jahr 700 000 Menschen in diesen sogenannten Ein-Job-Verfahren,

(Abg. Frau W e n d l a n d [Bündnis 90/Die Grünen]: Ein-Euro-Jobs!)

Entschuldigung, Ein-Euro-Jobs, als häufig genutztes Förderinstrument gehabt. Diese Ein-Euro-Jobs haben

(A) eine Milliarde Euro gekostet. Raten Sie einmal, wie viel von dieser einen Milliarde Euro bei den Betroffenen gelandet ist und wie viel bei den Trägern! Dabei wird nämlich deutlich, dass das, was wir in unserem Antrag geschrieben haben, nicht irgendetwas Simples ist, wie Sie es in Ihre Anträge hineinschreiben, sondern dass es hier real ist, sich einmal über diese Punkte Gedanken zu machen. Ein Drittel dieser einen Milliarde Euro ist bei den Betroffenen angekommen, zwei Drittel bei den Trägern der Maßnahmen. Wird Ihnen eigentlich angesichts dieser Zahlen nicht deutlich, meine sehr verehrten Vertreter von Rot-Grün, dass man einmal darüber nachdenken muss, ob der Hinweis auf mehr Effektivität und mehr Effizienz nicht auch im Bundesland Bremen angebracht wäre?

(Zuruf der Abg. Frau Krümpfer [SPD])

Das zeigt, dass Sie, und jetzt bin ich einmal genauso einfach, wie Sie es sich gerade machen, nur aus Sicht der Träger argumentieren und nicht aus Sicht der Betroffenen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

(B) Wir kommen also mit Sonntagsreden, die ja nicht einmal für den 1. Mai geeignet sind, hier keinen Schritt weiter, sondern wir müssen schauen, wie wir den Menschen helfen können. Dabei haben wir sicherlich ein Problem mit den Langzeitarbeitslosen. Das ist ein sehr bedrückendes Problem, und darüber können wir nicht einfach hinweggehen, deswegen müssen wir auch schauen, wie wir die Erfolgsquote erhöhen können. Wenn nämlich nur eine Erfolgsquote mit weniger als 20 Prozent bei solchen Maßnahmen in diesem Bereich existiert, dann muss man auch einmal hinterfragen: Kann die Quote nicht erhöht werden, muss dort nicht mehr Flexibilität in die Instrumente eingeführt werden? Genau das ist der Ansatz der Bundesregierung. Sicherlich kann man bei den unterschiedlichen beschlossenen Maßnahmen hier und dort auch unterschiedlicher Auffassung sein, was die Wirksamkeit angeht, aber dieses undifferenzierte Nein, das sei alles soziale Spaltung in den Kommunen, in den Städten, das, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist Unsinn und weise ich mit allem Nachdruck zurück!

(Beifall bei der CDU)

Vor diesem Hintergrund glauben wir auch, dass unser Antrag die differenzierten Probleme, die wir dort haben, aufgreift, dass diese Herangehensweise auch denjenigen Menschen, die sich in Langzeitarbeitslosigkeit befinden, hilft. Wir fordern Sie auf, sich mit den Themen der Effizienz, der Effektivität, des besseren Einsatzes von Mitteln aktiv auseinanderzusetzen!

Wir haben hier im Parlament ja Anfang des Jahres auch diskutiert, wie hoch denn die Verpflichtung

der ESF-Mittel zur Hälfte des Förderzeitraums war, da haben Sie es ja noch nicht einmal geschafft, 50 Prozent der ESF-Mittel zu verpflichten, geschweige denn auszugeben, und dann wollen Sie uns hier erzählen, das sei alles effektive Arbeitsmarktpolitik, was hier in Bremen stattfindet. Das heißt, auch Ihre eigenen Zahlen sprechen eine andere Sprache. Unabhängig davon war es doch klar, meine sehr verehrten Damen und Herren, dass nach der Beendigung, nach dem Auslaufen der Krise auch die Arbeitsfördermittel reduziert werden. Jeder, der hier etwas anderes behauptet, ist doch politisch naiv und ignoriert die Realität. Dass der Aufschwung leider an Bremen vorbeigeht, ist natürlich auch ein Punkt, der die Menschen in Bremen und Bremerhaven besonders betrifft.

(C)

Angesichts dieser Reden können wir wohl nicht erwarten, dass Sie unserem Antrag zustimmen, dennoch werbe ich dafür, sich zumindest einmal in einem stillen Kämmerlein mit dieser Problemstellung auseinanderzusetzen. – Herzlichen Dank!

(Beifall bei der CDU)

**Präsident Weber:** Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Bernhard.

Abg. Frau **Bernhard** (DIE LINKE)\*): Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Was völlig richtig ist, das wurde auch schon angesprochen, die Instrumentenreform ist ein Desaster, da kann ich letztendlich Rot-Grün nur zustimmen. Wir haben anlässlich dieser Instrumentenreform verschiedene Nachforschungen auch in den Stadtteilen angestellt: Es ist eine Katastrophe. Das heißt, die soziale Spaltung wird durch diese Reform in einer Weise fortgesetzt, die indiskutabel ist. Den Kollegen Willmann muss ich in einem Punkt korrigieren: Die Deckelung der Pauschalen ist aufgehoben worden, das ist nicht mehr Bestandteil der Instrumentenreform, darauf werde ich gleich noch einmal zurückkommen. Es ist letztendlich eine Art von Politik, die wir auf gar keinen Fall begrüßen können. Es ist wirklich bedenklich, was dort im Bund passiert.

(D)

Ich komme jetzt noch einmal zu diesem Antrag von Rot-Grün. Dazu muss ich ganz ehrlich sagen, dafür, dass Sie so lang gebraucht haben, steht herzlich wenig darin. Es ist wirklich richtig, dass das Einzige, was dieser Antrag mehr oder weniger hervorbringt, die Aufforderung ist: Wählt im Jahr 2013 Rot-Grün, dann wird alles besser! Es ist Bundestagswahlkampf, was hierin steht, viel mehr ist es nicht! Es ist richtig, was darin steht, und es ist gleichzeitig zahnlos bis auf die Knochen, weil Sie sich aus der Verantwortung stellen.

(Abg. Frau Dr. Schaefer [Bündnis 90/  
Die Grünen]: Wo ist Ihr Antrag denn?)

\*) Von der Rednerin nicht überprüft.

(A) Das tun Sie kontinuierlich seit Jahr und Tag, und hier ist es jetzt wieder in diesen vier Punkten zusammengeführt, dass sich wirklich nur noch die Balken biegen. Sie tun ja gerade so, als ob es verboten wäre, Landesmittel zu verwenden, das ist ja ein Witz!

(Abg. K o t t i s c h [SPD]: Und jetzt zum Thema!)

Andere Bundesländer tun es ja schließlich auch, und nicht nur die, die das Geld erklärtermaßen in größerem Umfang haben als wir, sondern selbstverständlich auch Haushaltsnotlageländer. Berlin zum Beispiel gibt dort 70 Millionen Euro hinein, wahrscheinlich wird es sich in Zukunft ändern, Die Grünen sind ja jetzt dabei, es wird wahrscheinlich auch dort schlechter werden, aber aktuell ist es noch der Fall, es ist möglich. Im Saarland, das habe ich vor zwei Tagen schon erwähnt, wird es verlangt, die SPD dort sagt ganz klar, wir müssen das mit Landesmitteln unterstützen, solange es im Bund so aussieht, wie es aussieht.

Warum gibt es hier nicht diese Verantwortung? Diese Frage muss man doch ganz reell einmal stellen dürfen. Ich meine, selbst der Paritätische Wohlfahrtsverband hat doch festgestellt, dass mit dem Verschieben des Arbeitsmarktressorts zu Wirtschaft und Häfen durchaus, sagen wir einmal, die Sorgenfalten auf der Stirn gepflügt werden können. Es ist doch so, dass unser Wirtschaftssenator tatsächlich Geld für Dinge wie Tauchboote beziehungsweise Stände in Shanghai ausgibt, die wir letztendlich nicht brauchen, aber für Langzeitarbeitslose ist doch kein Geld da.

(Abg. O p p e r m a n n [SPD]: Null Ahnung!)

Das kann ich leider überhaupt nicht unterstützen, und deswegen muss ich sagen, wir können diesen Antrag, der zwar inhaltlich nicht falsch ist, aber vollkommen an unserem Problem vorbeigeht, nicht unterstützen. Wir werden uns dazu letztendlich enthalten müssen, weil er uns nicht weiterführt. Ich muss sagen, wenn wir da einmal auf den Antrag der CDU schauen, ist dieser zumindest konsistent, das muss man Ihnen immerhin lassen, Sie bleiben Ihrer Linie treu.

(Abg. T s c h ö p e [SPD]: Oh, Ihr werdet noch Freunde!)

Ja, es ist ja wahr, dass das, was Sie letztendlich dort verfolgen, der CDU gerecht wird, das kann ich doch nicht bestreiten!

(Abg. T s c h ö p e [SPD]: Ein intensives Werben, Herr Kollege Röwekamp!)

Mit Werben hat dies überhaupt nichts zu tun, denn wenn ich mir das anschau, würde ich also auf gar keinen Fall sagen, dass die Bundesregierung aner-

kennenswerte Politik betreibt, das ist ja wohl nicht wahr! (C)

Ich möchte auch noch einmal insbesondere auf Punkt 6 zurückkommen. Darin geht es um die Forderung, dass nicht die Träger gefördert werden sollen, sondern dass es um die Menschen geht. Ich finde, das ist ein richtiges Ansinnen. Ich meine, wenn wir uns in diesem Land einmal umschauen, dann müssen Sie doch ganz klar sagen, in unseren Stadtteilen gibt es so etwas wie soziales Kapital, das machen wir doch gerade mutwillig kaputt. Strukturen sind sehr schnell zerschlagen, dazu haben wir sehr viele Beispiele, aufgebaut werden sie sehr langsam.

Ich finde, das ist ein Wert, den wir hier gerade mit Füßen treten. Sie können zu den Betroffenen da doch nicht eiskalt sagen, wartet jetzt einmal bis 2013, dann wird die Welt besser, einmal abgesehen davon, dass sie unter Rot-Grün nicht besser werden wird! Letztendlich ist das doch keine Haltung, die wir vertreten können. Ich finde, das ist ein Appell, den wir ganz ernsthaft meinen und für den wir soziale Verantwortung haben. Ich möchte mich jetzt gar nicht in allen Einzelheiten wiederholen, das habe ich am Dienstag hier auch schon gesagt, aber darauf zu schauen und zu sagen, liebe Leute, wir können jetzt leider nur mit den Schultern zucken, das, muss ich ganz ehrlich sagen, ist niveaulos und dünn. – Danke!

(Beifall bei der LINKEN)

**Präsident Weber:** Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Reinken. (D)

Abg. **Reinken** (SPD)\*): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich bin ja eigentlich auch immer dafür, dass man sich in der Frage sozusagen ein bisschen über Fachlichkeit auseinandersetzt, deswegen will ich es in diesem Diskussionsbeitrag einmal an einigen Stellen versuchen. Es ist natürlich sinnvoll, wenn es eingefordert wird, sich auch über Instrumente zu unterhalten und nicht nur über die großen Linien, deswegen einmal ein paar Punkte zu den Instrumenten und warum das, was Sie sagen, eben nicht richtig ist.

(Abg. K a s t e n d i e k [CDU]: Sie glauben, dass das nicht richtig ist!)

In dem Gesetz wird der sogenannte Vermittlungsgutschein gelassen, das ist ein Zugeständnis an die FDP, die in diesem Haus ja nicht mehr vertreten ist. Der Vermittlungsgutschein wurde mit großem Theaterdonner einmal eingeführt, weil man der Auffassung war, die privaten Arbeitsvermittler können das ja alles viel besser als die Agentur für Arbeit. Dazu gibt es eine Feststellung des Prüfungsamtes des Bundes vom Mai 2011, in der es heißt, das Vermittlungs-

\*) Vom Redner nicht überprüft.

- (A) gutscheinverfahren bleibt weiterhin gegenüber Missbrauch und insbesondere Mitnahmeeffekten anfällig. In über einem Drittel der Fälle lagen Anzeichen für Missbrauch oder Mitnahme vor, sagt das Prüfungsamt. Dies bleibt im Gesetz bestehen, und dafür geht ein Haufen Geld, 93,8 Millionen Euro, über den Tisch, den Sie nicht antasten, weil die ideologische Vorstellung, der private Arbeitsvermittler kann das wunderbar, in dieser Koalition eben eine Bestätigung erfahren muss.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/  
Die Grünen)

Der Bundesrechnungshof bemängelt dies, er sagt Drehtüreffekt.

Sie lassen es darin. Das Thema Gründungszuschuss ist angesprochen worden, er wird von einer Pflichtleistung zu einer Ermessensleistung, und die wird dann sozusagen in die Hand des Fallmanagers in der Agentur gegeben. Wir wissen, und darüber sind wir uns vielleicht einig, dass der Weg in die Selbstständigkeit für viele Arbeitslose eine Chance ist, aus der Langzeitarbeitslosigkeit herauszukommen. Wir kofinanzieren das mit landespolitischen Maßnahmen auch immer unter der Voraussetzung, dass die Maßnahmen von den Agenturen und Jobcentern getragen werden. Diese Mittel werden zu einer Ermessensleistung, das heißt, die Frage ist dann nicht mehr, kann ich das einfach machen, sondern als Arbeitsloser muss ich zwei bis drei Wege machen. Zunächst einmal muss ich über das Jobcenter oder die Agentur die Grundlage haben und kann dann weitergehen. Das ist ein völlig falscher Weg, der unnötige bürokratische Hürden aufbaut, dies nur einmal zu dem Thema Entrümpelung und Neustrukturierung, da liegen Sie falsch!

- (B)

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/  
Die Grünen)

Nun zu dem Thema Geld, dazu muss man ja auch etwas sagen: Natürlich ist es immer richtig, an solche Haushalte auch sparsam heranzugehen, denn letztlich ist das ja Geld, das wir alle in dieser Gesellschaft aufbringen müssen. Ich bitte Sie aber, dann doch einfach einmal einen Blick in die Studie der Arbeitnehmerkammer Bremen vom Frühjahr dieses Jahres zum Thema Aufstocker zu werfen. Sie werden feststellen, wie viele Menschen ihren kargen Lohn durch ergänzende Leistungen aus ALG II aufstocken müssen. Wenn wir einmal ausrechnen, was passieren würde, wenn wir nur einen gesetzlichen Mindestlohn hätten, dann würden wir deutlich mehr Geld für aufstockende Leistung sparen können, als wir gegenwärtig durch diese unsozialen Maßnahmen, die dort im Bereich von Langzeitarbeitslosigkeit stattfinden, sparen. Das ist einfach so! Dort gibt es riesige Sparpotenziale, die wir einmal gemeinsam heben könnten, wenn sich diese Bundesregierung dazu entschließen würde, in der Frage des Mindestlohns ein bis zwei Schritte weiterzugehen.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/  
Die Grünen)

(C)

Ich habe noch einige Anmerkungen zu Ihrem Antrag. Die Langzeitarbeitslosigkeit ist das Kernproblem, ich glaube, darüber sind wir uns einig. Der Hinweis darauf, dass das im Bundesgebiet zurückgegangen ist, ändert nichts daran, wenn wir uns als Bremer – und das tun wir ja im Benchmark – auch über die Jobcenter und Arbeitsagenturen mit anderen Räumen vergleichen, dass wir dann nicht schlechter, aber eben auch nicht besser aussehen als die anderen. Sie werden feststellen, dass die Räume, die wir zum Vergleich heranziehen, es eben auch nicht schaffen, mit den einfachen Wegen aus der Langzeitarbeitslosigkeit herauszukommen, da nimmt Bremen überhaupt keine Sonderstellung ein. Wenn Sie aber in den heutigen Bericht der Agentur für Arbeit für Bremen hineinschauen, dann werden Sie zur Kenntnis nehmen müssen, dass die Veränderungen in der Arbeitslosigkeit gegenüber dem Vorjahresmonat, und das ist auch ein Ergebnis von guter Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik, 5,5 Prozent betragen, das teilt die Agentur für Arbeit heute mit.

Von verfehlter Politik zu sprechen, ist daher auch ein bisschen dünn und weist an dem Problem vorbei: Wir müssen uns um die Langzeitarbeitslosen kümmern!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/  
Die Grünen)

(D)

Zu Ihrem Antrag weitere Bemerkungen! Manche Sachen finde ich dann auch nicht von zu viel Sachkenntnis geprägt. Sie sprechen davon, dass das Thema ABM-Maßnahmen durch Streichung dieser Maßnahmen jetzt endlich vom Tisch sei. In Ihrem Antrag steht, dass auf das Thema ABM jetzt verzichtet wird, es werde nicht fortgeführt. Wissen Sie, was die Realität ist, wie viele Menschen in Bremen und Bremerhaven noch in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen beschäftigt sind? Ich glaube, 35 oder 36 Personen, einer in Bremerhaven und 34 oder 35 in Bremen! Das ist von dem Instrument ABM-Maßnahmen übrig geblieben, aus diesem Grund ist es völlig egal, dass Sie das in – –.

Letzte Bemerkung zum Thema Zuschnitt der Arbeitsagenturen! Auch dies zeigt so ein bisschen, dass da der Blick fehlt, was wirklich Realität ist und womit man sich auseinandersetzen muss. Die Agenturen für Arbeit in Bremen und Bremerhaven nachher zusammenzulegen oder nicht, darüber kann sich man lange streiten. Dazu gibt es eine Position, der Senator hat sich dazu geäußert, was auch völlig richtig war. Das Kernproblem ist aber doch, in der Arbeitsagentur Bremerhaven werden knapp über 1 000 Arbeitslose verwaltet, mit Wesermünde und Umgebung ist, sind es vielleicht 1 600. Die Arbeitsagenturen sind doch gar nicht der Kern des Problems, das ist doch Augenwischerei, das ist doch sozusagen ein Vorbei-

(A) gehen an dem Kernproblem. Die Arbeitslosen und Langzeitarbeitslosen werden von den Jobcentern verwaltet, dort ist das Problem, denn dort findet überhaupt keine Strukturänderung statt. Daher muss man da jetzt nicht „Haltet den Dieb!“ rufen und sagen, das Problem lösen wir unter anderem dadurch, dass wir die Neugliederung der Arbeitsagenturen anders machen, das ist nicht das Kernproblem.

Unser Kernproblem ist die Langzeitarbeitslosigkeit, und ich sage Ihnen – dazu haben wir im Koalitionsvertrag eine Reihe von Vereinbarungen getroffen –, egal, was Berlin dort nun gerade macht, wir werden diesen Weg der Integration in den ersten Arbeitsmarkt natürlich konsequent und effektiv weitergehen, aber wir verlangen auch, dass er mit ausreichenden Mitteln ausgestattet wird. – Danke schön!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/  
Die Grünen)

**Präsident Weber:** Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Kastendiek.

(B) Abg. **Kastendiek** (CDU)\*): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Sie stellen sich hier vermessen hin und sagen, hier in Bremen ist erfolgreiche Wirtschaftspolitik betrieben worden, da schauen Sie sich doch bitte einmal die Arbeitslosenstatistik auch im Vergleich zu anderen Bundesländern an, in der Bremen zurückliegt. Wir sind das absolute Schlusslicht unter den westdeutschen Bundesländern und werden auch noch von Berlin überholt, da können Sie doch nicht von guter Wirtschaftspolitik sprechen, meine sehr verehrten Damen und Herren!

(Beifall bei der CDU)

Ich will einmal einen Punkt aufnehmen, Herr Kottisch hat sich auch schon gemeldet, er wird es sicherlich gleich in rosaroten Worten wieder bestens darstellen: Sie haben den Gründungszuschuss, um nur einen Punkt einmal zu erwähnen, angesprochen, Pflicht oder Ermessen. Ja, ich bin davon überzeugt, dass die Ermessensentscheidung die richtige und die bessere ist.

(Abg. Frau **Dog an** [Bündnis 90/Die Grünen]: Wenn Ihnen meine Nase nicht passt!)

Es kann doch nicht – und da müssen wir einmal ehrlich sein! – jede Gründungsidee automatisch eine Erfolg versprechende Gründungsidee sein. Daher muss es an der Stelle einen Ermessensspielraum geben, ob diese Mittel sinnvoll eingesetzt sind, weil die Betroffenen doch sonst wieder in einer Sackgasse landen. An vielen Stellen der Arbeitsmarktförderung ist es eben das Problem, dass hier und dort doch Sackgas-

\*) Vom Redner nicht überprüft.

sen entstehen und man deswegen differenzieren muss, auch was die öffentliche Beschäftigung angeht. Man kann dabei nicht pauschal in die eine oder andere Richtung gehen, so wie Herr Reinken das macht, entweder oder, schwarz oder weiß, nein, die Welt sieht ein bisschen differenzierter aus.

Ich betone die Notwendigkeit, sich die Instrumente sehr detailliert und differenziert anzuschauen, um dann zu entsprechenden sachgerechten Ergebnissen zu kommen. Das, was Sie hier machen, ist einfach plumpes Handeln, Maßnahmenträger schützen, Betroffene sind egal, und so kommen wir nicht weiter! – Herzlichen Dank!

(Beifall bei der CDU)

**Präsident Weber:** Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Kottisch.

Abg. **Kottisch** (SPD)\*): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Heute haben wir ein wenig Zeit, und ich denke, deswegen sollten wir uns diesem wichtigen Thema auch etwas ausführlicher widmen, als es vielleicht sonst möglich gewesen wäre.

Herr Kastendiek, ich bin doch ziemlich erstaunt, Sie sprechen hier von Monokausalität, Sie meinen vielleicht Monotonie. Monoton ist Ihre Rede gewesen, monoton in eine Richtung, und Monokausalität kann ich in keiner Weise feststellen, schon gar nicht im Beitrag meines Kollegen Herrn Reinken, der war äußerst ausdifferenziert, an inhaltlichen Aspekten ausgerichtet, und er hat sich mit Instrumenten auseinandergesetzt.

Ich hatte ja bereits vermutet, dass Sie auch auf das Thema Wirtschaftspolitik eingehen, ich möchte aber zunächst ganz kurz auf Ihren Antrag eingehen.

(Abg. **Kastendiek** [CDU]: Das war ab-  
gesprochen!)

In Ihrem Antrag ist keine Rede von den Menschen. Ihr Antrag spart völlig aus, dass es in Zukunft darum geht, Menschen mit Integrationsproblemen verstärkt einzubeziehen. Ihr Antrag spricht nicht davon, dass es darum geht, die riesigen Potenziale in diesem Land, die beispielsweise in Frauen stecken, stärker auszunutzen. Ich war gestern beispielsweise bei der Verleihung des Existenzgründungspreises von belladonna,

(Abg. Frau **Ahrens** [CDU]: Wir auch!)

eine ganz wunderbare Veranstaltung im Übrigen. Ich muss sagen, dies ist eine Entwicklung in Richtung Existenzgründung im Land Bremen, die es zu unterstützen gilt, gerade auch das Existenzgründungsnetz-

\*) Vom Redner nicht überprüft.

(C)

(D)

- (A) werk B.E.G.IN betreffend. Ich wundere mich auch, dass Sie das kritisieren, denn das haben Sie ja seinerzeit auch mitentwickelt, das sind wunderbare Instrumente, um die Wirtschaftskraft dieses Landes zu fördern.

(Beifall bei der SPD – Abg. K a s t e n d i e k  
[CDU]: Wem sind denn die Mittel gekürzt worden?)

Wenn Sie den „Weser-Kurier“ heute einmal lesen, dann lesen Sie, dass wir in Bremen im Vergleich zum Bundesdurchschnitt eine überdurchschnittliche Wirtschaftsleistung erzielen. Ich weiß gar nicht, wie Sie überhaupt auf die Idee kommen können, dass hier eine schlechte Wirtschaftspolitik gemacht wird. Ich sehe in Ihren Äußerungen immer das Problem, dass Sie auch die Wirtschaft in Bremen schädigen, indem Sie das Problem der Arbeitslosigkeit immer wieder hervorheben. Ich denke, die Gründe für die Arbeitslosigkeit in diesem Land sind hier bekannt, darüber müssen wir nicht immer wieder sprechen, das sind strukturelle Probleme, die haben gar nichts mit einer schlechten Wirtschaftspolitik zu tun.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/  
Die Grünen)

- (B) Auf eine bestimmte Phase der Wirtschaftspolitik hier im Lande möchte ich gar nicht im Einzelnen eingehen.

Ich finde es schade, dass Sie es verpasst haben, heute in dieser Debatte dieses Thema differenziert zu behandeln. Der einzige differenzierte Beitrag kam aus dem rot-grünen Bereich,

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/  
Die Grünen)

den habe ich sehr genossen. Ein wenig mehr Kausalität würde in der Tat nicht schaden, in jedem Fall weniger Zynismus, das wäre nett. Ich hoffe, dass wir in der Zukunft auf einer etwas anderen Ebene miteinander diskutieren können. – Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/  
Die Grünen)

**Präsident Weber:** Als nächste Rednerin erhält das Wort die Abgeordnete Frau Bernhard.

Abg. Frau **Bernhard** (DIE LINKE)\*): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich bleibe dabei, ich würde trotzdem sehr gern wissen, was nächstes Jahr in Bremen passiert, und nicht einfach, was wir uns letztendlich auf der Metaebene in Bezug auf die Bundesregierung austauschen. Ich meine, wenn es Ihnen ein

\*) Von der Rednerin nicht überprüft.

Anliegen ist, warum kümmern Sie sich eigentlich nicht um den VBB-Tarif? Das ist der Beschäftigungstarif der VaDiB, des Verbunds arbeitsmarktpolitischer Dienstleister in Bremen, dort fangen wir bei 1 100 Euro brutto an. Das ist komischerweise Rot-Grün kein Anliegen, das ist auch den Gewerkschaften hier kein Anliegen. Dort wird von Mindestlohn gesprochen, aber das ist vom Mindestlohn so meilenweit entfernt, dass die Menschen dann wieder aufstocken müssen.

Sie haben zu Recht diese Studie angesprochen, es stimmt ja auch, da kommen wir keinen Schritt weiter. 2008 waren wir noch bei 1 000 Euro brutto, wir haben darum gekämpft, dass es ein wenig ansteigt, dass es armutsfest werden soll, existenzsichernd, wir sind immer noch meilenweit davon entfernt.

Was ist mit den Kosten der Unterkunft, die Sie einsparen könnten, wenn Sie auskömmlich sozialversicherungspflichtig bezahlen würden? Nicht einmal diese Einsparung wird dort hineingegeben. Es ist doch alles so sehr mager und ein Offenbarungseid, das spottet doch jeder Beschreibung. Bei den Trägern mit ihren Ein-Euro-Jobs ist es doch so, sie erhalten ihre Pauschalen dafür. Ich meine, letztendlich können sie ihre Infrastruktur restrukturieren, das geht erst einmal, das kann aber doch nicht unser Anliegen sein! Wir können doch nicht sagen, dass diese Menschen letztendlich auf diesem Level am ausgestreckten Arm verhungern. Von den sozialversicherungspflichtigen Resten, genannt Entgeltstellen, haben wir aktuell – gestern haben wir es gehört – noch ungefähr 540 hier in Bremen. Auf die Frage, wie sieht es da im Januar aus, hieß es, nun, es wird drastische Einschnitte geben. Das war die Aussage gestern! Wie ist es im Januar 2012 hier im Land? Auf diese Frage hätte ich gern eine Antwort, und nicht nur ich, sondern all diese Projekt- und Maßnahmeteilnehmer in unseren Stadtteilen. Dazu sollten Sie sich vielleicht durchringen und sich damit beschäftigen, es würde uns einen Schritt weiterbringen! – Danke!

(Beifall bei der LINKEN)

**Präsident Weber:** Als nächster Redner hat das Wort Herr Staatsrat Prof. Stauch.

**Staatsrat Prof. Stauch:** Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Sie haben über einen Dringlichkeitsantrag der CDU und einen Entschließungsantrag der SPD zu entscheiden. An dem Dringlichkeitsantrag der CDU kann ich nicht richtig sehen, was daran eigentlich wirklich dringlich ist. Er besteht im Wesentlichen aus Versatzstücken von Presseerklärungen der Bundesregierung und aus Begründungsteilen des Gesetzentwurfs. Ich glaube, die Bürgerschaft muss sich doch fragen, ob ein solcher Gesetzentwurf im Interesse des Landes Bremen ist oder nicht. Das ist, glaube ich, die Kernfrage.

Dieser Dringlichkeitsantrag setzt im Wesentlichen darauf, dass der Gesetzentwurf der Bundesregierung

(C)

(D)

(A) durchgeführt werden soll. Dieser Gesetzentwurf lässt für Bremen drastische Nachteile befürchten. Die Arbeitsmarktmittel in Bremen betragen ungefähr 20 Millionen Euro, das, was der Bund einsetzt, 150 Millionen Euro. Bremen hat also einen Anteil von 14 Prozent, 86 Prozent beträgt der Anteil des Bundes.

Jetzt werden in einem ganz großen Segment die Mittel des Bundes heruntergefahren, das kann Bremen überhaupt nicht in einem beachtlichen Maße kompensieren, das ist ausgeschlossen, vor allen Dingen im Bereich der Langzeitarbeitslosen. Bremen hat einen Anteil von 39 Prozent Langzeitarbeitsloser, das ist nicht so ungewöhnlich, denn Städte wie Duisburg, Dortmund, Essen, Köln und Düsseldorf haben höhere Anteile, 41 bis 45 Prozent. Wir haben die Zahl der Langzeitarbeitslosen hier um 0,3 Prozent reduzieren können, das ist wenig. In anderen Regionen, in Hamburg zum Beispiel, ist der Anteil der Langzeitarbeitslosen um 4,5 Prozent gestiegen. Auch Hannover hat nur ganz leicht reduzieren können. Das ist ein sehr schwieriger Personenkreis, den darf man nicht abschreiben, das muss man ganz deutlich sagen: Wir dürfen die Langzeitarbeitslosen nicht abschreiben!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/  
Die Grünen)

(B) Dieser Gesetzentwurf führt aber dazu, dass mit ihm ganz wesentliche Elemente der Förderung von Langzeitarbeitslosen entfallen, das muss man ganz deutlich sagen. Nur der Personenkreis, der nah am Arbeitsmarkt ist, wird im Wesentlichen weiter gefördert werden können. Im Übrigen entfallen im ganz großen Umfang Fördermöglichkeiten. Daher, denke ich, kann man diesem Dringlichkeitsantrag auf gar keinen Fall zustimmen.

Es geht um die Eingliederungschancen insbesondere von Personen, die arbeitsmarktfremd sind, für sie müssen Beschäftigungsmöglichkeiten auch aufrecht erhalten werden, das ist in Bremen mit bremischen Mitteln nur sehr eingeschränkt möglich, das wird die Träger negativ treffen, aber natürlich auch einen großen Teil der Langzeitarbeitslosen.

Der Entschließungsantrag der SPD geht aus meiner Sicht genau in die richtige Richtung, davon können wir im Arbeitsressort jedes Wort unterschreiben. Natürlich wäre es gut, wenn wir diesen Gesetzentwurf verhindern könnten. Unsere Möglichkeiten sind eingeschränkt, wir werden uns mit allen Mitteln dafür einsetzen, dass er sich im Prinzip so nicht durchsetzt.

Ich möchte noch auf einen bundespolitischen Zusammenhang hinweisen, der mir auch ganz besonders unter den Nägeln brennt! Wenn man auf der einen Seite die Mittel für die Arbeitsförderung herunterfährt, in ganz zentralen Bereichen also richtig strukturell Blöcke herausnimmt, auf der anderen Seite über Steu-

erensenkung spricht, dann, finde ich, ist das ein Zusammenhang, der überhaupt nicht akzeptabel ist.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/  
Die Grünen)

Die Steuerbelastung soll reduziert werden, und auf der anderen Seite wird bei dem Personenkreis, der besondere staatliche Förderung braucht, in ganz großem Umfang die Förderung eingeschränkt. Der Senat empfiehlt Ihnen, den Dringlichkeitsantrag der CDU abzulehnen und den Entschließungsantrag der SPD anzunehmen! – Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/  
Die Grünen)

**Präsident Weber:** Das hatte jetzt auch Premiere, Herr Professor Stauch!

(Heiterkeit – Abg. R ö w e k a m p [CDU]:  
Wir würden uns eben kurz beraten, weil wir nicht wissen, wie wir damit umgehen sollen!)

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Ich lasse zuerst über den Entschließungsantrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen abstimmen.

Wer dem Entschließungsantrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen mit der Drucksachen-Nummer 18/69, Neufassung der Drucksache 18/67, seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD und Bündnis 90/Die Grünen)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen CDU)

Stimmenthaltungen?

(DIE LINKE)

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Entschließungsantrag zu.

Ich lasse jetzt über den Antrag der Fraktion der CDU abstimmen.

Wer dem Antrag der Fraktion der CDU mit der Drucksachen-Nummer 18/68 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür CDU)

(C)

(D)

- (A) Ich bitte um die Gegenprobe!  
(Dagegen SPD, Bündnis 90/Die Grünen  
und DIE LINKE)
- Stimmenthaltungen?  
Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den  
Antrag ab.
- Mit Beendigung dieses Tagesordnungspunktes ha-  
ben wir für heute unsere Tagesordnung erledigt. Ich  
darf Ihnen dann für den weiteren Tag alles Gute wün-  
schen.
- Ich schließe die Sitzung.
- (Schluss der Sitzung 11.45 Uhr)
- (C)

- (B)
- (D)

